

BLOCK FASCISM!

GESCHICHTE, ANALYSEN UND STRATEGIEN
FÜR EINE ANTIFASCHISTISCHE PRAXIS

BERLIN GEGEN NAZIS



BLOCKIEREN IST
UNSER RECHT!

linksjugend
['solid]

dielinke.sds

Inhaltsverzeichnis

Geschichte

Was ist Faschismus
Julian Plenefisch 4

Gespalten in den Untergang: Die Linke und der Aufstieg Hitlers
Florian Wilde 16

Analyse

Rechtsextremismus heute – wo stehen die Nazis?
Sander Fuchs 27

(Un)Kultur von Rechts
Antje Rosebrock 34

Ein teuflischer Spiegel. Bürgerliche Demokratie und Faschismus – verfeindet und verwandt
Marco Heinig 39

Islamophobie: Wer hat Angst vor Kopftuchmädchen?
Jana Werner und Nicola Eschen 44

NPD-Verbot – pro und contra
Julian A. Georg 49

Strategien

Antifa als Kampf ums Ganze – Zur Geschichte der organisierten autonomen Antifa
Tim Laumeyer 54

Für massenhafte und entschlossene Blockaden von Nazi-Aufmärschen
Ein Plädoyer von Friederike Benda und Sophie Dieckmann 64

Impressum:

Die Linke.SDS – sozialistisch-demokratischer Studierendenverband

Kleine Alexanderstr. 28, 10178 Berlin
Kontakt: info@linke-sds.org
Infos: www.linke-sds.org



Linksjugend [‘solid]

Kleine Alexanderstr. 28, 10178 Berlin
Kontakt: info@linksjugend-solid.de
Infos: www.linksjugend-solid.de



1. Auflage: 5.000 Exemplare | Preis: 1 Euro | Erscheinungsdatum: Januar 2010

Einleitung

Auch 60 Jahre nach dem Sieg der Alliierten über den deutschen Faschismus ist die faschistische Weltanschauung immer noch nicht totzukriegen. Bei Aufmärschen in Innenstädten, auf hasserfüllten Plakaten und seit einiger Zeit auch wieder in Landes- und Kommunalparlamenten verbreiten Neo- und AltfaschistInnen ihre menschenverachtende Ideologie. Kontinuierlich arbeiten sie am Aufbau „national befreiter Zonen“, ihrem parlamentarischen Einfluss und ihrer Verankerung in Jugendszenen – mal mit weniger und mal mit großem Erfolg. Dies führt nicht nur zu brutalen Übergriffen, sondern auch zur Festigung von faschistischen Gruppierungen bis hin zur Dominanz in ganzen Regionen. Wir SozialistInnen und AntifaschistInnen von Linksjugend [‘solid] und Die Linke.SDS wollen mit dieser Broschüre auf Gefahren und Hintergründe, eingehen. Gedacht zur gemeinsamen Lektüre in den Gruppen oder auch zum Selbststudium daheim, soll „Block Fascism“ helfen, Zusammenhänge und Geschichte der modernen Faschisten zu beleuchten, aber auch Beitrag zu einer antifaschistischen Praxis sein.

Was genau man unter Faschismus versteht und wie er – trotz Widerstand von KPD und SPD – 1933 in Deutschland an die Macht gelangen konnte, erläutern Julian Plenefisch und Florian Wilde in ihren Einleitungsbeiträgen. Marco Heinig erklärt, warum bürgerliche Demokratie und Faschismus miteinander verwandt sind. Jana Werner und Nicola Eschen beschreiben in ihrem Artikel, wie antiislamischer

Rassismus mittlerweile salonfähig und zu einem Türöffner für neonazistische Einstellungen geworden ist. Ergänzt wird die Broschüre durch eine Zusammenstellung der wichtigsten neofaschistischen Akteure in Deutschland von Julian Sander sowie einen Artikel über das NPD-Verbot von Julian Georg und einen über rechte Lifestyles von Antje Rosebrock. Wir wollen in der Broschüre auch Erfahrungen aus antifaschistischen Bewegungen aufarbeiten. Neben dem Beitrag über die Linke in den frühen 30ern findet sich daher ein Text über die Geschichte der autonomen Antifa von Tim Laumeyer von der Antifaschistischen Linken Berlin (ALB). Autonome Antifas sind ein wichtiger Akteur bei vielen Anti-Nazi-Protesten. Erfahrungen und Überlegungen aus diesem Spektrum werden vorgestellt. Die Broschüre beschließt ein Artikel von Friederike Benda und Sophie Dieckmann, in dem unsere Strategie gegen Neonazis in Deutschland skizziert wird – zivile Massenblockaden und Aufklärung im Kampf gegen rechts verbunden mit einem Kampf für eine sozialistische Gesellschaft. Denn eines ist sicher: solange Nationalstaaten und Kapitalismus existieren, wo die Konkurrenzlogik und damit das Recht des Stärkeren gilt, solange besteht die Gefahr, dass faschistische Ideen erfolgreich sind. Dieser Gefahr müssen wir uns entschieden entgegenstellen – gemeinsam, vielfältig und entschlossen für eine Gesellschaft, „worin die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist“. (Karl Marx)

Viel Spaß beim Lesen wünscht die gemeinsame Redaktion aus Aktiven von linksjugend [‘solid] und Die Linke.SDS

Was ist Faschismus?

Von Julian Plenefisch

Jeder ist sicher zu wissen, was Faschismus ist. Spricht man im Detail darüber, kommen jedoch viele Streitpunkte und prekäres Halbwissen zu Tage. Faschismus ist sowohl wissenschaftlich als auch politisch ein sehr umkämpfter Begriff. Auch heute, über 80 Jahre nach dem Entstehen des italienischen Faschismus, sind die Ursachen noch immer nicht vollkommen zufrieden stellend erklärt.

Der Faschismus war das einschneidende politische Phänomen des 20. Jahrhunderts. Hatten sich die anderen ideologischen Hauptströmungen der europäischen Moderne bereits im 19. Jahrhundert herausgebildet, blieb der Faschismus dagegen bis etwa zur Jahrhundertwende unentwickelt. Friedrich Engels war 1895 im Vorwort für die neue Ausgabe von Marx' „Die Klassenkämpfe in Frankreich“ noch der Ansicht, eine Verbreitung des Wahlrechts würde zwangsläufig zu mehr Stimmen für die Linke führen. Gehe die Entwicklung gegen Ende des 19. Jahrhunderts so weiter voran, würden die SozialistInnen die Mittelschicht erobern und die entscheidende Macht in der Gesellschaft werden. Die Konservativen wären dann gezwungen, mit einer gewaltsamen Reaktion eine Diktatur gegen die Massen zu bilden. Engels konnte sich also 1895 nicht vorstellen, dass eine Diktatur gegen die Linke die Zustimmung weiter Teile der Bevölke-

rung finden würde. Genau dies sollte dem Faschismus aber eine Generation später gelingen.

Der Begriff „Faschismus“

Das erste Problem mit dem Begriff „Faschismus“ ist, dass er quasi Nichts bedeutet. Der Faschismus erhielt seinen Namen in Italien. Der Begriff hat seine Wurzeln im italienischen Wort *fascio* (Rutenbündel). Es stammt vom lateinischen *fascis*, einer von einem Bündel Hölzern umschlagenen Axt, die die Einheit und Stärke der Römischen Republik symbolisieren sollte. Die *fascis* wurde von vielen liberalen Bewegungen im 19. Jahrhundert als Zeichen ihrer republikanischen Gesinnung genutzt. So auch von den italienischen Revolutionären, die den Begriff *fascio* (Bund) für ihre Organisationsform verwendeten. Anlehnend an diese Tradition, fand sich Ende 1914 ein Zusammenschluss von Linksnationalisten und nationalen SyndikalistInnen, zu denen auch bald der ehemalige Redakteur der sozialistischen Zeitung, Benito Mussolini, stoßen sollte. *Fascio Rivoluzionario d'Azione Interventionista* (Revolutionärer Bund zur aktionistischen Intervention) hatte zum Ziel, Italien auf Seiten der Entente in den Ersten Weltkrieg zu drängen. Nach dem Ersten Weltkrieg rottete Mussolini enttäuschte Kriegsveteranen, Nationalisten, nationale SyndikalistInnen und rechte Intellektuelle zum *Fasci di Combattimento* (Kampfbund)

Julian Plenefisch
ist aktiv bei
linksjugend [solid]
in Berlin

zusammen, um „dem Sozialismus den Krieg zu erklären“. Für ihr kurioses Programm aus Kapitalismuskritik, Rassismus und Nationalismus bürgerte sich schnell der Name *fascismo* (Faschismus) ein – grob übersetzt also „Bündlertum“. Mussolini hielt 1921, mit der Gründung der *Partito Nazionale Fascista* (National-Faschistische Partei, PNF), am Begriff fest.

Ist Faschismus ein globales oder war es ein rein italienisches Phänomen?

Wenn der Begriff „Faschismus“ eigentlich aus Italien kommt, stellt sich die Frage, ob es sich hierbei überhaupt um ein global auftretendes, zeitlich ungebundenes politisches Phänomen handelt oder sich ausschließlich auf seinen Namensgeber, das Italien der Zwischenkriegszeit, beschränkt. Dazu gehört auch die Frage, ob der deutsche Nationalsozialismus als Faschismus bezeichnet werden kann. Die BefürworterInnen einer Einschränkung des Begriffs Faschismus auf Italien führen unterschiedliche Argumente an und verteilen sich sowohl aufs rechte wie linke Spektrum.



Der italienische Faschistenführer Benito Mussolini mit Adolf Hitler

Ein sehr wichtiger und insbesondere im so genannten antideutschen Spektrum vorzufindender Standpunkt, Nationalsozialismus und Faschismus zu trennen, argumentiert, dass eine Unterordnung des Nationalsozialismus unter den Begriff des Faschismus die Shoa, die Ermordung der europäischen Juden durch NS-Deutschland, bagatellisiere, da es in Italien kein vergleichbares Verbrechen gegeben habe. Dieses Argument ist sehr ernst zu nehmen. Marginalisierungen der Shoa sind in keiner Weise hinzunehmen. Wenn Faschismusforschung aber die Bekämpfung von faschistischem Gedankengut, also Antifaschismus, zum Ziel hat, kann eine globale Systemforschung womöglich neue Verbrechen verhindern. Eine Beschränkung auf den deutschen Kontext würde demnach gegen die eigenen, antifaschistischen Ziele stehen.

In der konservativen Deutung wird explizit auf den Begriff „deutscher Faschismus“ verzichtet. Nationalsozialismus und Faschismus werden also getrennt von einander betrachtet. Der Grund hierfür ist, dass die konservative Forschung den Nationalsozialismus und seine Verbrechen im persönlichen Versagen einiger Weniger sucht. Gesellschaftliche Ursachen, dass die Wurzeln des Faschismus womöglich mit dem Kapitalismus oder der europäischen Moderne im Allgemeinen zusammenhängen, will sie ausschließen. Faschistische Bewegungen unterscheiden sich in den unterschiedlichen Gesellschaften teilweise stark, so dass Manche sogar bezweifeln, dass der Begriff „Faschismus“ irgendeinen wei-

terführenden Wert hat. Insbesondere werden für dieses Argument immer wieder Spanien, Südamerika oder Japan erwähnt. Es werden der stark unterschiedliche Charakter der einzelnen Regime sowie die sehr verschiedenen kulturellen Wurzeln als Gründe angeführt. Jedoch gilt es hier festzuhalten, dass Faschismus radikalen Nationalismus als Kern seiner Ideologie hat. Jeder Nationalismus muss aber spezifisch sein, ansonsten würde er seiner Aufgabe nicht gerecht werden. Würden wir also einer dieser Kritiken folgen, wäre Hitlers Regime als Nationalsozialismus, Mussolinis als Faschismus

Darüber zu streiten ist durchaus sinnvoll, entstehen so doch neue Ideen. Um Faschismus genauer beschreiben zu können, werden hier die Gemeinsamkeiten des faschistischen Italiens und NS-Deutschlands auf den Ebenen Ideologie, Stil und Erscheinung und Machtausübung herausgearbeitet.

Faschistische Ideologie

Die Ideologien der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands (NSDAP) und der Partito Nazionale Fascista (PNF) waren voller Widersprüche. Ein Beispiel hierfür ist die antikapitalistische Rhetorik des Faschismus in der Bewegungsphase und das vermeintlich widersprüchliche Bündnis mit der Industrie nach der Machtübernahme. Die faschistische Ideologie bleibt aber im Kern erhalten. Der nationalistische Charakter des Faschismus zeigt sich in der Überbetonung und Überbewertung der eigenen nationalen Identität. Die Nationalität wird durch Abstammung und Blut, durch vermeintlich rassische Merkmale definiert. Rassismus ist immer Bestandteil von Faschismus. Allerdings nahm er im italienischen Fall einen anderen Stellenwert als im deutschen ein. Zwar findet sich kein so eliminatorischer Antisemitismus wie in Deutschland, allerdings geplante Vertreibungen und Tötungen von Slawen, Schwarzafricanern und Roma in Slowenien, Tunesien, Äthiopien und den besetzten Balkanstaaten.

Die faschistische Bewegung hat vor, die bestehenden Strukturen auf gewaltsamem Weg zu überwinden. Anfang 1922 erklärte Mussolini: Die „faschis-

tische Revolution“ sei eine „kontinuierliche Revolution“; „die Welt geht nach rechts!“, eine „geistige und moralische Revolution“ werde angestrebt. In Deutschland plante die NSDAP 1923 mit dem gescheiterten Hitler-Putsch eine faschistische Revolution in Bayern anzuzetteln. Trotz des späteren Strategiewechsels blieb der Anspruch des Faschismus durchweg revolutionär. Dies wird durch die „Machtergreifung“ der NSDAP und Mussolinis „Marsch auf Rom“ suggeriert. Beide Ereignisse implizieren Aktion und impulsive Veränderung. Beide Begriffe sind Schöpfungen der Faschisten und stehen im Widerspruch zur Wirklichkeit. Weder die NSDAP hat in der Weimarer Republik die Macht „ergriffen“, noch hat sich die PNF mit einem Marsch auf die Hauptstadt die Macht genommen. In beiden Fällen wurde die Macht (oder ein Teil ihrer) von der alten Elite an die Faschisten übergeben.

Faschismus ist mit den Negationen von internationaler Solidarität, der Gleichheit von Leben und des Klassegegensatzes antikommunistisch. Er sieht zudem im Parlamentarismus eine Schwächung von nationaler Einheit und Stärke. Daher werden freie Lebensart und Toleranz als „Abarten“ der eigenen Kultur abgelehnt. Er postuliert in der Bewegungsphase antikapitalistische Phrasen. An der Macht beschränkt er Marktfreiheit und ist somit antiliberal.

Funktion und Ziel all dieser Ideen und Werte ist die Formung eines geschlossenen „Volkskörpers“ durch die Ausgrenzung der „Anderen“. Durch Abgrenzung wird Einheit und Selbstde-

inition geschaffen. Der so konstruierte „Volkskörper“ macht mit den radikalen Wertvorstellungen und der revolutionären Zielsetzung eine Massenmobilisierung der Straße möglich und sichert die Macht der faschistischen Führer. Voraussetzung dafür ist ein kollektives Bedrohtheitsgefühl, das real oder unreal, von außen oder von innen, ausgelöst sein kann. Die Überwindung dieser Bedrohung und die Stärke des „Volkskörpers“ beruht auf der Ausbeutung anderer, vermeintlich niederer Völker und Gemeinschaften. Die faschistische Ideologie rechtfertigt diese Ausbeutung und Ausgrenzung.

Faschistischer Stil und Erscheinung

Wird Faschismus in Ausstellungen oder im Schulunterricht dargestellt, werden häufig die Aufmärsche der SA-Braunhemden, die Fackelmärsche der faschistischen Parteien oder die Großkundgebungen auf den Plätzen Roms mit Mussolini auf dem Balkon herangezogen. Der politische Stil des Faschismus, seine Erscheinung in der Öffentlichkeit und die Form der öffentlichen Agitation beruhen aber nicht auf Mussolinis Ideen. Sie wurden 1919 vom italienischen Kriegsveteranen Gabriel D'Annunzio eingeführt, der mit Freischärlern eigenständig die kroatische Stadt Rijeka eingenommen hatte. Er schuf in der besetzten Stadt eine nationalistische Bewegung, deren politische Liturgie eine neue Form aus kunstvollen Uniformen, besonderen Zeremonien und Sprechchören umfasste. D'Annunzio hielt Reden an ein Massenpublikum, die Formen eines Dialoges mit dem Führer annahm.

Montage John

Heartfields:

„Der Sinn des
Hitlergrusses“,

1932



und alle weiteren politischen Bewegungen ausschließlich mit ihrem jeweiligen eigenen Namen zu bezeichnen. Sie wären somit als getrennt von einander stehende Phänomene zu betrachten. Gemeinsame systemische Ursachen wären damit ausgeschlossen. Dies erscheint jedoch sehr fragwürdig.

Was ist Faschismus? – Italienischer Faschismus und deutscher Nationalsozialismus

Die Frage, „Was ist Faschismus?“, ist also nicht leicht zu beantworten. Letztendlich muss ein politisches Phänomen aber Charakteristika haben.

Hitler mit
Marx-Bart:
auf Stimmen-
fang bei Ar-
beiterInnen,
Montage
„Mimikri“
von John
Heartfield
1934



1922 hatte Mussolini diesen politischen Stil erfolgreich übernommen. Es gab neue optische Symbole und öffentliche Märsche. Ein zentrales Element des faschistischen Rituals wurden die Trauerfeierlichkeiten für gefallene Anhänger.

Die gesellschaftliche Verankerung des Faschismus, der „Glaube“ an die Heilslehre des faschistischen Führers, wurde in Italien nach der Machtüber-

nahme durch öffentliche Kulthandlungen und Zeremonien unterstützt. Schon in der frühen Bewegungsphase versuchten die Nationalsozialisten in Deutschland jede große Veranstaltung in ein großartiges zeremonielles Ereignis zu verwandeln. Das Tragen von Uniformen, die Verwendung besonderer Parteiabzeichen sowie die Benutzung von Parteiwimpeln und Fahnen wurden zur Regel. Die NSDAP nutzte zur politischen Agitation alle Medien: Plakate und Anschlagtafeln, Flugblätter, Zeitungen, Radiosendungen, Filme und zahllose Massenveranstaltungen. Absicht dieser Zeremonien war die Einbettung des Individuums in die Bewegung. Der Einzelne sollte aufgehen in den Märschen und Großkundgebungen. Gerade in Zeiten der Prekarisierung und der urbanen Vereinzelung dürfte das ein mächtiger Faktor gewesen sein. Die nationalsozialistische Propaganda wandte sich an alle Bevölkerungsschichten in deren eigener Sprache.

1922 hatte ein Viertel der PNF-Mitglieder noch nicht das Wahlalter von 25 Jahren erreicht. Die Anziehungskraft des Faschismus, insbesondere auf junge Männer, muss zusammen mit der Rolle von Gewalt in der Politik gesehen werden. Die Aktivität in der faschistischen Bewegung drückte sich vor allem in der gewaltvollen Bekämpfung des politischen Gegners aus. Die Gewalt war zu Anfang der

1920er Jahre in Italien zum „Lebensstil“ geworden. Aber auch in Deutschland drückte sich die politische Aktivität der Nationalsozialisten besonders in ihrer Frühphase durch Angriffe auf Kommunisten, Juden und andere vermeintliche Feinde des „Volkskörpers“ aus. Die Gewalt diente dazu, durch die Gemeinschaft den Geist des patriotischen Krieges aufrecht zu erhalten. Die Faschisten glaubten, sie würden nationale Gerechtigkeit herbeiführen. Neben der starren Parteiorganisation hatten sowohl die NSDAP als auch die PNF einen bewaffneten Arm. Die squadre (Kommandos) der italienischen Faschisten bildeten sich bereits 1920 und gingen somit der Partei voraus. Ihre erste Hochburg war die italienische Stadt Triest im slowenischen Hinterland. Dort eroberten sie in kürzester Zeit die Straßen mit Überfällen und Mord. Die squadristi trugen schwarze Hemden, wurden meist von ehemaligen Offizieren angeführt und rekrutierten sich überproportional aus der Mittelschicht, integrierten aber auch viele Arbeiter. Sie bekämpften Landarbeiterstreiks, zerschlugen Gewerkschaftsbüros und griffen sozialistische Gruppen an. Die NSDAP hatte die Braunhemden der SA. Ihre Funktion war dieselbe wie die der squadre. 1932 hatten die Nationalsozialisten 450.000 Parteimitglieder und 400.000 SA-Mitglieder. Anders als die SS vertrat die SA keinen rassistischen Elitarismus. Sie musste für Alle offen sein, um die Funktion der Verkörperung des Jugendkults, der Dominanz des männlichen Prinzips und der Gewalt erfüllen zu können. Die Organisationen para-

militärischer Kampftrupps ist ein eindeutiges Merkmal einer faschistischen Bewegung, die sich auch in anderen Ländern europaweit finden lassen.

Faschistische Machtausübung

Die faschistischen Staaten Italien und Deutschland waren durch ein autoritäres Einparteiensystem gekennzeichnet. Die faschistische Partei hatte alle anderen politischen Kräfte verdrängt. Nominell blieben die parlamentarischen Verhältnisse bestehen, real war der Parlamentarismus beseitigt. In Italien und Deutschland bauten die PNF bzw. die NSDAP regionale Strukturen und politische Institutionen auf, die parallel zu den staatlichen Organen existierten. Die faschistische Partei sollte nach der Machtübernahme ein Gegengewicht zur alten Bürokratie bieten und den Machterhalt sichern. Sie gewährleistete den Nachschub an treuen Führungskräften und diente in der faschistischen Ideologie als Kanal zwischen Bevölkerung und faschistischer Führung, um den geschlossenen „Volksstaat“ zu gewährleisten.

Mit der Machtübernahme der faschistischen Parteien gingen die politischen, sozialen und wirtschaftlichen „Einschaltungsprozesse“ einher. Im politischen Bereich bezog sich das auf die Auflösung oder Zwangsvereinigung aller Parteien oder sonstiger nicht-faschistischer Organisationen. Im deutschen Fall wird damit auch die Auflösung des föderalen Systems, also die Zentralisierung der staatlichen Macht unter der faschistischen Führung beschrieben. Die Regime in Italien und Deutschland wollten durch einen „Drit-

ten Weg“ neben Kommunismus und Kapitalismus nationale Autarkie und industrielle Stärke erringen, brauchten aber auch eine ausgefeilte Sozialpolitik, um die Unter- und Mittelschicht an sich zu binden. Beide Diktaturen betrieben eine Zwangswirtschaft, die keine Umwandlung der Wirtschaft in direktes staatliches Eigentum, sondern die systematische Unterordnung aller wirtschaftlichen Sektoren durch strenge Besteuerungen, Zuteilungen, Lenkungsmaßnahmen und Regulierungen unter den Staat, bedeutete. Abgesehen von gewöhnlichen Rüstungsmaßnahmen, wie es sie auch in den westlichen Demokratien gab, ist im faschistischen Fall die von Staat und Partei vorangetriebene Zerschlagung bestehender freier Arbeiter- und Unternehmerverbände und die Gründung staatlich und parteilich kontrollierter Kartelle zu nennen.

„Adolf, der Übermensch: Schluckt Gold und redet Blech“, John Heartfield, Juli 1932



An der Spitze des faschistischen Staates steht eine charismatische Führungsperson. Mussolini und Hitler konnten das „Führerprinzip“ durchsetzen, das sie als unantastbar und unfehlbar darstellte („Mussolini hat immer Recht“). Besonders im deutschen Fall gilt Hitler oft als mutmaßliches Genie der nationalsozialistischen Machtübernahme. Mit der plebiszitär abgesicherten Verschmelzung des Reichskanzler- und Reichspräsidentenamtes zum „Führer“, war Hitler formal die höchste Instanz. Der faschistische Führer wird durch Charme und der Rhetorik einer „festen Hand“ den prekarierten Massen als Retter dargeboten. Die faschistische Ideologie wird personalisiert. Dadurch wird sie glaubwürdiger und macht es den potentiellen Anhängern leichter, sich mit ihr zu identifizieren.

Allerdings kümmerte sich Hitler nur selten um die politischen Alltagsgeschäfte, gerade im innenpolitischen Bereich. Aufgaben delegierte er oft an Parteifreunde und Bürokraten. Die Kompetenzverteilung war aber teilweise so unstrukturiert und offensichtlich widersprüchlich, dass einige BeobachterInnen eine „institutionelle Anarchie“ sehen. Andere nehmen dies als Zeugnis für Hitlers Schizophrenie. In Italien waren die Kompetenzüberschneidungen zwischen Staat und Partei weniger ausgeprägt. Aber auch der Duce musste seine Macht mit der katholischen Kirche und dem italienischen König teilen. Sowohl in Deutschland als auch in Italien blieben viele alte Staatsstrukturen bestehen. Es scheint somit angebracht, von einer

„faschistischen Plutokratie“ auszugehen. Damit wäre auch betont, dass die Ursachen für die Verbrechen des Faschismus nicht im Irrsinn einer Einzelperson zu finden sind.

Faschismus in anderen Ländern

Nur in Deutschland und Italien gelangten faschistische Bewegungen an die Macht. Dies bedeutet aber nicht, dass es in anderen Ländern keine faschistischen Bewegungen gegeben hat. Mit dem Aufstieg der Mussolini-Bewegung in den 1920er Jahren und mit der NSDAP seit den 1930er Jahren, erhielten auch in anderen Ländern radikale, nationalistische Gruppen Auftrieb. Jedoch nur in wenigen Ländern gelang es, faschistischen Bewegungen eine nennenswerte Bedeutung aufzubauen und selbst in diesen Fällen kamen sie oft nur durch Unterstützung Deutschlands oder Italiens an die Macht. Faschistische Bewegungen außerhalb Deutschlands und Italiens sollen beispielhaft anhand von Spanien, Argentinien und Japan kurz dargestellt werden. Neben Italien und Deutschland wird häufig Spanien unter der Diktatur Francisco Francos zwischen 1939-1975 als faschistisch bezeichnet. General



Franco putschte im Juni 1936 mit Unterstützung Hitlers und Mussolinis gegen die demokratisch gewählte Volksfrontregierung von Manuel Azaña und eröffnete somit den Spanischen Bürgerkrieg. Nach seinem Sieg im März 1939 entfesselte der Caudillo (Anführer) eine blutige Repression, der mehr als 200.000 Menschen zum Opfer fielen. In seiner radikalen Feindschaft gegen Liberalismus, Marxismus und Säkularismus unterzeichnete Franco im April 1939 den Antikomintern-Pakt mit Deutschland und Italien. Während des Zweiten Weltkrieges blieb Spanien zwar offiziell neutral, besetzte aber französische Gebiete und hegte Pläne, weiter Richtung Afrika zu expandieren.

Kirchlicher Rückhalt für die Nazis im Deutschen Reich

Francos Rückhalt: Der spanische Faschistenführer mit katholischen Geistlichen



schen Siege 1941/42 auf zwei Millionen Mitglieder anwuchs und ihren Caudillo durch öffentliche Zeremonien hilfreich unterstützte. Die Falange erfüllte aber, anders als NSDAP und PNF, keine staatlichen Aufgaben und blieb machtpolitisch marginal. Die Zähmung einer faschistischen Dynamik von unten innerhalb der Falange half Franco, eine eher traditionelle Militärdiktatur zu führen. Franco ließ die alten oligarchischen Strukturen fast unberührt. Nach der Niederlage Italiens und Deutschlands 1945, versuchte Franco wieder am liberalen Westen Anschluss zu finden. Die spanische Diktatur ähnelte danach mit ihrer nur sehr geringen Mobilisierung der Bevölkerung eher anderen Militärdiktaturen in Europa und Südamerika. In Spanien scheint es sich daher um einen Fall zu handeln, in dem die konservativ-autoritäre Elite mit Hilfe faschistischer Nachahmung eine linke Regierung beseitigte.

Hitler mit dem spanischen Faschistenführer Franco



Für die US-amerikanische Diskussion ist häufig die Diktatur von Juan

Perón in Argentinien (1946-1955) das beste Beispiel eines außereuropäischen Faschismus. Oberst Juan Perón wurde 1943 als Mitglied der herrschenden Militärjunta Arbeitsminister und erwarb sich durch geschickte Klientelpolitik die Zuneigung der Arbeiterschaft. Wegen seines sozialen Populismus und auf Druck der USA wurde Perón 1945 von der Junta abgesetzt und inhaftiert. Daraufhin sammelten sich hunderttausende streikende Arbeiter in Buenos Aires und forderten seine Freilassung. Die Junta gab nach und Perón hatte für die Präsidentschaftswahlen 1946 die perfekte Ausgangslage. Nach den gewonnenen Wahlen konzentrierte Perón mit Hilfe der Partido Laborista (Arbeiterpartei) schnell die Macht auf sich.

Mit seinem charismatischen Führer, seiner Einheitspartei, dem Bewegungskarakter und seiner Doktrin des „organisierten Kommunitarismus“ (justicialismo), seinen Paraden und öffentlichen Zeremonien (bei denen Eva Perón häufig im Zentrum stand), seiner korporatistischen Wirtschaftspolitik und dem engen Verhältnis zu Franco hatte das argentinische System viele Gemeinsamkeiten mit Italien und Deutschland.

Jedoch finden sich markante Unterschiede. Perón erhielt nicht im Kontext einer chaotischen Demokratie die Macht, wie Hitler und Mussolini, sondern setzte sich mit klarer Wäh-

lermehrheit 1946 und 1951 gegen eine militärisch-konservative Elite durch. Obwohl Peróns Polizei politische Gegner, vor allem Linke, ausschaltete und die Presse zensierte, fehlte es doch an „rassischen Gegnern“ wie Juden, Roma und Slawen. Ebenso wenig mündete Peróns Diktatur in mörderischen Expansionskriegen.

Bei der Suche nach außereuropäischem Faschismus wandert der Blick zwangsläufig nach Japan. Das Kaiserreich war, ähnlich wie Deutschland und Italien, ein Nachzügler der Nationalstaatenbildung und Industrialisierung und betrieb im ostasiatischen Raum eine imperiale Außenpolitik. Ähnlich wie in Deutschland spielte das Militär für die Modernisierung der Gesellschaft und die Bildung eines nationalen Pathos eine zentrale Rolle. Zu guter Letzt war Japan der bedeutendste Bündnispartner Deutschlands und Italiens im Zweiten Weltkrieg.

1940 gründete der charismatische, autoritäre Premierminister Konoe Fumimaro eine Einheitspartei, in der die meisten anderen Parteien aufgingen. Der japanische Staat griff massiv in die Wirtschaft ein, setzte Pläne und Löhne fest und verstärkte seit 1938, aufgrund des anhaltenden Krieges gegen China, die ideologische Mobilisierung mit öffentlichen Paraden und Zeremonien. Die Ideologie des Systems war extrem nationalistisch, rassistisch und auf den japanischen Kaiser als spirituellen Führer ausgerichtet. Die Verbrechen des japanischen Militärs auf dem asiatischen Kontinent waren durch eine radikale Grausamkeit gekennzeichnet. Wäh-

rend der Eroberung der chinesischen Stadt Nanjing wurden im Dezember 1937 etwa 300.000 Zivilisten ermordet. Die Spezialeinheit 731 tötete bis 1945 wahrscheinlich 2.500 Kriegsgefangene und Zivilisten mit Milzbrand- und Pesterregern in Experimenten der biologischen Kriegsführung.

Betrachtet man die politische Entwicklung in Japan vor 1937, findet sich jedoch keine faschistische Bewegung wie in Italien oder Deutschland. Die aus der Bevölkerung gegründeten Parteien, die man als faschistisch bezeichnen könnte, beispielsweise die „Partei des Östlichen Weges“ von Seigo Nakano, blieben marginal und erhielten bei den Wahlen 1942 nur 3% der Stimmen. Die alten konservativ-autoritären Eliten blieben in Japan an der Macht und radikalisierten ihre Politik durch deutschen Einfluss.

Es wird also deutlich, dass scheinbare Ähnlichkeiten oft nur oberflächlich sind und von der großen Ausstrahlungskraft Italiens und Deutschlands in den 1920er und 1930er Jahren herühren. In allen drei hier skizzierten Gesellschaften finden wir jedoch faschistische Bewegungen, die aber nicht an die Macht kamen oder marginal blieben und entweder von einer autoritären Regierung ausgenutzt oder unterdrückt wurden. Es wird also deutlich, dass Kapitalismus, Modernisierung und Militarisierung nicht zwangsläufig zu Faschismus führen müssen und zweitens die Trennung zwischen „Faschismus in Bewegung“ und „Faschismus an der Macht“ für ein besseres Verständnis wichtig ist.

Ursachen des Faschismus und „Kann es Faschismus wieder geben?“

Die Suche nach den Ursachen des Faschismus ist so diskursiv, vielschichtig und umkämpft, dass die hier von mir formulierten Punkte nur als Vorschläge anzusehen sind. Dabei gilt, dass es keine eindimensionale Ursache geben kann. Kapitalismus, Demokratiefeindlichkeit und Antisemitismus sind sicherlich wichtige Faktoren, finden sich aber auch in Gesellschaften, in denen der Faschismus scheiterte. Nach Auschwitz kann es keine Theorie des Faschismus ohne eine Kritik der Gesellschaft geben. Der Faschis-

mus zwingt eine Gesellschaft dazu, ihre eigenen Bedingungen zu reflektieren. Die Fragen nach den Ursachen des Faschismus und einer auch heute noch anhaltenden Bedrohung durch Faschismus sind also nicht voneinander zu trennen.

Da der Faschismus in Italien und Deutschland besonders erfolgreich war, liegt es nahe, die Ursachen in der italienischen oder deutschen Geschichte zu suchen. Beide Staaten haben sich erst spät in der Mitte des 19. Jahrhunderts im Zuge von Einigungskriegen gegründet und betonten daher möglicherweise mehr als andere

Gesellschaften den nationalen Pathos. Die Industrialisierung setzte später ein und wurde um so rasanter betrieben. Die damit entstandenen sozialen Widersprüche führten zu starken Arbeiterbewegungen. Beide Länder erfuhren durch die Folgen des Ersten Weltkriegs und der Weltwirtschaftskrise soziale Umwälzungen, die beim Bürgertum, verängstigt durch die Russische Revolution 1917, antikommunistische Hysterie auslöste. Dieser Ansatz ist traditionell-marxistisch und erklärt die Machtübergabe durch die konservative Elite an die Faschisten, um sie als antikommunistische Reaktion zu nutzen. Er erklärt aber nicht den breiten Zulauf von Arbeitern zu den Faschisten.

Der Schlüssel, um den großen Zuspruch unter deutschen und italienischen Arbeitern für den Faschismus zu verstehen, liegt

in der Ideologie. Seit der europäischen Aufklärung setzte sich die Vorstellung einer Rationalisierung der Welt durch. Die modernen Wissenschaften wollten Alles kategorisieren und hierarchisieren. Mit der Übertragung von Darwins Evolutionstheorie auf die menschliche Gesellschaft fand Rassismus seine wissenschaftliche Absicherung. Die Vorstellung von der Ungleichheit der Menschen verbreitete und verfestigte sich. Rassismus, auch in seiner radikalsten eliminatorischen Form – Auschwitz –, ist somit eng mit der Moderne verwoben. Die militaristische Prägung der Gesellschaft, die autoritäre Struktur der Familie und Arbeitswelt und die Entsolidarisierung durch den Kapitalismus nehmen unsere Gedankenwelt vollständig ein und machen Jeden für faschistisches Gedankengut anfällig. Dieser Ansatz lehnt sich an die Kritische Theorie von Theodor W. Adorno und Max Horkheimer an.

Weitere wichtige Punkte scheinen das Fehlen einer revolutionären Tradition, das Ende der demokratischen Euphorie nach dem Ersten Weltkrieg und die Uneinigkeit des nicht-faschistischen Spektrums gewesen zu sein.

Mit der Verortung der Ursachen des Faschismus in den Grundzügen unserer Gesellschaft ist klar, dass die politische Gefahr des Faschismus heutzutage keineswegs verschwunden ist. In der ein oder anderen Form existiert faschistisches Gedankengut, existieren faschistische Strukturen noch in allen Gesellschaften – auch in den westlichen Demokratien.

Seitdem die NPD ein Bündnis mit den „Freien Kameradschaften“ eingegan-

gen ist, geht ihre Erfolgskurve stark nach oben. Sie ist in zwei Landtagen vertreten und schaffte den Einzug in viele Kommunalparlamente. Nazischläger haben einige Gegenden bereits erfolgreich zu „No-Go-Areas“ gewandelt. Antisemitismus und Rassismus sind weiterhin bis weit in die Mitte der Gesellschaft verankert. Seit 2001 breitet sich eine schizophrene Angst vor Menschen muslimischen Glaubens aus, in Hessen werden Wahlkämpfe mit rassistischer Rhetorik geführt und in Köln Kongresse gegen „Überfremdung“ organisiert. An Gründen, ein Wiedererstarken des Faschismus zu fürchten, fehlt also es nicht.

„Hurrah, die Butter ist alle!“ Montage von John Heartfield, 1935



„Das ist das Heil, das sie uns bringen“, Werk von John Heartfield, 1938



Gespalten in den Untergang: Die Linke und der Aufstieg Hitlers

Von Florian Wilde

Hitler an der Macht

Am 30. Januar 1933 ernannte Reichspräsident Paul von Hindenburg Hitler zum Reichskanzler. Schon zuvor waren die NSDAP und ihre paramilitärischen Formationen SA und SS – oft genug unter Duldung staatlicher Stellen – mit brutalem Terror gegen Angehörige der Arbeiterbewegung vorgegangen. Nun war dieser Terror staatlich legalisiert. Noch im Februar wurden SA und SS als Hilfspolizei eingesetzt und mit hoheitlichen Befugnissen ausgestattet. Ihr Kampf gegen die Linke bekam damit den Charakter von Staatsaktionen. Brutale Überfälle und Ermordungen bekannter antifaschistischer Aktivisten folgten der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler auf dem Fuße. Am schnellsten und stärksten von der nun einsetzenden Unterdrückung war die KPD betroffen. Am 23. Februar 1933 wurde ihre Zentrale, das Karl-Liebknecht-Haus, durchsucht und geschlossen, wenige Tage später ihre Zeitung, die „Rote Fahne“, verboten. Der Brand des Reichstags am 27. Februar diente als Vorwand einer neuen Welle des Terrors. Noch in der folgenden Nacht wurden allein in Berlin 1.500

Kommunisten festgenommen. Da die Gefängnisse rasch überfüllt waren, wurden die ersten Konzentrationslager eingerichtet. Am 6. März fanden die letzten

Reichstagswahlen statt. Trotz aller Unterdrückungsmaßnahmen erhielt die KPD immer noch 4,8 Mio. Stimmen (12,3%), die SPD 7,3 Mio. Stimmen (18,3%). Die NSDAP verfehlte die absolute Mehrheit, konnte aber mit einer rechtskonservativen Partei erneut die Regierung bilden. Zur Festigung seiner totalitären Herrschaft peitschte Hitler im März ein „Ermächtigungsgesetz“ durch, das der Regierung das Recht gab, von der Verfassung abweichende Gesetze zu beschließen. Die kommunistischen Abgeordneten konnten an der Sitzung schon nicht mehr teilnehmen: Wer von ihnen nicht in den Untergrund gegangen war, war bereits verhaftet worden. Während alle bürgerlichen Parteien für Hitlers Gesetz stimmten, votierte als einzige die SPD dagegen. Der Weg in den totalitären Staat war nicht mehr aufzuhalten. Am 2. Mai wurden die Gewerkschaftshäuser besetzt und die Gewerkschaften zerschlagen, im Juli auch die SPD verboten. Mit der Zerschlagung der marxistischen Arbeiterbewegung hatten die Nazis ein erstes Ziel erreicht. Es war eine notwendige Voraussetzung dafür, dass sie ihre weiteren Ziele in Angriff nehmen konnten: die Aufrüstung Deutschlands als Vorbereitung des schrecklichsten Krieges der Geschichte, den Aufbau einer klassenübergreifenden „Volksgemeinschaft“ und den Kampf gegen alle „Volksfeinde“, die in

Florian Wilde ist aktiv bei Die Linke.SDS und Mitglied der Historischen Kommission der Partei DIE LINKE

der industriellen Vernichtung des europäischen Judentums gipfeln sollte. Die Linke stand der Machtübertragung an die Nazis weitgehend ohnmächtig gegenüber. Dies löste bereits damals weltweit Entsetzen aus: Wie konnte die faschistische Terrorherrschaft ausgerechnet in Deutschland etabliert werden, dem Geburtsland des Marxismus, der traditionellen Hochburg der Arbeiterbewegung, einem Land mit mächtigen Gewerkschaften, einer starken Sozialdemokratie und der größten kommunistischen Partei außerhalb der Sowjetunion? Wie konnte Hitler an die Macht kommen, ohne dass es zu einem Bürgerkrieg, ja, nicht einmal zu einem Generalstreik kam? Wieso konnten SPD und KPD ohne massiven Widerstand zerschlagen werden? 1920 hatten erstmals Hakenkreuzfahnen unter dem Brandenburger Tor geweht, als reaktionäre Offiziere gegen die junge Republik putschten. Kampfflos verließ die SPD-geführte Reichsregierung Berlin und floh nach Stuttgart, denn die Reichswehr war nicht bereit, die Regierung gegen eine Bedrohung von Rechts zu schützen. Spontan erhoben sich daraufhin aber Millionen von Arbeitern gegen den rechten Putsch. Bald wurde das gesamte Land vom größten Generalstreik der deutschen Geschichte mit 12 Millionen Streikenden lahm gelegt. Den Putschisten standen so weder Telegraphen noch Eisenbahnen zur Verfügung. An vielen Orten bildeten sich Arbeitermilizen, die monarchistische Armeeeinheiten angriffen.

Unter der Wucht dieser gemeinsamen Abwehraktion der gesamten Arbeiterschaft brach der Putsch nach wenigen Tagen zusammen.

Im Folgenden soll der Frage nachgegangen werden, wieso es 1933 zu keinem vergleichbaren Widerstand der Arbeiterorganisationen gegen ihren gemeinsamen Todfeind, den Faschismus, kam – und welche Lehren daraus auch für heutige AntifaschistInnen zu ziehen sind.

Weltwirtschaftskrise und Aufstieg der NSDAP

Der Aufstieg der NSDAP ist ohne die Weltwirtschaftskrise ab 1929 nicht zu erklären. Zuvor war die faschistische Bewegung eine in verschiedene Gruppen gesplittete Randerscheinung der Weimarer Republik. Zwar war sie in der Lage, punktuell immer wieder Gewalt gegen Linke und Juden auszuüben, von gesellschaftlicher Relevanz war sie aber weit entfernt. Bei den Reichstagswahlen 1928 waren auf die NSDAP nur 2,8% (810.000 Stimmen) entfallen. Das änderte sich schlagartig mit der ungeheuren Verelendung, die die Wirtschaftskrise über die deutsche Be-

Drei Monate nach der Machtübertragung an Hitler: Häftlinge im KZ Oranienburg (April 1933)



völkerung brachte. Die Arbeitslosigkeit explodierte von 1.2 Mio. im Juli 1929 auf 6 Mio. im Januar 1932. Hinzu kamen weitere zwei Millionen nicht registrierte Arbeitslose und sechs Millionen Kurzarbeiter; die Produktion sank von 1929 bis Ende 1931 um 41,4%. Massenhafte Verelendung und Verzweiflung waren die Folge. Die gesamte Jugend war ohne Arbeit und für Jahre ohne jede Aussicht auf eine Anstellung. Stundenlanges Anstehen vor Suppenküchen wurde für Viele zum Alltag. Das Ansehen der bürgerlichen Demokratie, in der eine Besserung der Lage Vielen nicht mehr möglich erschien, sank ebenso rapide wie das Vertrauen in das kapitalistische Wirtschaftsmodell. Davon verstanden die Nazis mit ihrer aggressiven Propaganda, die sich gegen das „raffende Finanzkapital“ und den Parlamentarismus richtete, zu profitieren. Bereits im September 1930 erhielten sie 18,3% (6,4 Mio. Stimmen), im Juli 1932 37,4% (13,8 Mio. Stimmen). In nur vier Jahren hatten sie 13 Mio. Wähler hinzugewinnen können. Ihre Mitgliederzahl stieg von unter 100.000 1928 auf 850.000 Anfang 1933. Gleichzeitig

wuchs die SA von 60.000 auf 400.000 Mitglieder. Die Tiefe der Krise und das Wachstum der Nazis machten diese für zunehmende Teile des deutschen Kapitals, vor allem Schwerindustrielle und Bankiers, interessant. Die Wirtschaftskapitäne fürchteten die Gefahr einer sozialen Revolution. Gleichzeitig hofften sie, durch eine Zerschlagung der Arbeiterbewegung die Krise auf dem Rücken der Bevölkerung „lösen“ zu können und spekulierten auf einen neuen Krieg als Revanche für die „Schmach von Versailles“ und zur Steigerung ihrer Profite. An diesen Punkten deckten sich ihre Interessen mit denen der Nazis, die auf eine wachsende Unterstützung durch das Kapital, aber auch durch ostelbische Gutsbesitzer, durch Offiziere, hohe Beamten und andere Teile der „Eliten“, zählen konnten. Gleichzeitig konnten die Nazis an dem über viele Jahre von konservativen Kreisen geschürten Nationalismus anknüpfen. Viele sahen Deutschland als Opfer des Ersten Weltkrieges. Auch die SPD trug dazu bei. Sie schreckte davor zurück, die Schuld Deutschlands am Kriegsausbruch zu thematisieren, um ihre eigene Rolle als Unterstützerin dieses Krieges nicht hinterfragen zu müssen.

SPD: Staatstragend bis zum Untergang

Die SPD war die Partei, die sich am stärksten mit der Weimarer Republik identifizierte. Immer wieder erklärte sie, die Republik entschieden „gegen Angriffe von links und rechts“ verteidigen zu wollen. Die Bereitschaft der Partei zu einem harten Vorgehen gegen die radikale Linke war bereits in

Titel der kommunistischen Arbeiter Illustrierten Zeitung: „1. Mai Vereint gegen Krieg und Faschismus!“



der Novemberrevolution 1918 und den anschließenden, bürgerkriegsähnlichen Kämpfen um die verschiedenen lokalen Räterepubliken deutlich geworden. Damals war sie ein Bündnis mit den „alten Mächten“ aus der Kaiserzeit in Militär, Verwaltung und Wirtschaft eingegangen, um die Rätebewegung zurückzudrängen und eine das Privateigentum nicht infrage stellende Republik mit sozialer Gesetzgebung durchzusetzen. Als Folge dieses Bündnisses wurde die Weimarer Republik von Anfang an mit der Hypothek eines antirepublikanischen Beamten-, Justiz- und Militärwesens belastet, dass sich immer wieder als „auf dem rechten Auge blind“ erweisen sollte und nach 1929 zunehmend zu einem Bündnis mit den Nazis bereit war. Ihre Identifikation mit der Weimarer Republik wurde in der Weltwirtschaftskrise zu einem großen Problem für die SPD, denn die auf dem Kapitalismus beruhende Weimarer Ordnung verlor nun das Vertrauen der Mehrheit der Bevölkerung. Da die SPD mit dieser Ordnung identifiziert wurde und sich selbst mit ihr identifizierte, konnte sie diesen Vertrauensverlust nicht auffangen und in eine sozialistische Richtung lenken. Sie wurde selbst zum Opfer des schwindenden Vertrauens.

Von 1928 bis 1930 war die SPD an der Regierung beteiligt. 1930 bis 1932 tolerierte sie die mit Hilfe von Notverordnungen regierende Rechtsregierung des Reichskanzlers Brüning, um so der NSDAP den Zugang zur Macht zu blockieren. Brünings Antwort auf die ökonomische Krise war allerdings eine deflationistische Sparpolitik (Demon-

tage des Sozialstaates, Erhöhung der indirekten Steuern, Kürzungen von Löhnen und Gehältern), die die Notlage der sozialdemokratischen Anhänger weiter verschärfte. So wurden die Löhne der Staatsbediensteten um 25% gekürzt, alle Unverheirateten mussten eine Zusatzsteuer von 10% zahlen und die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung vervierfachten sich, während die Ausgaben für Arbeitslose um zwei Drittel gekürzt wurden. Krankheiten griffen um sich, weil immer mehr Menschen sich keinen Arztbesuch mehr leisten konnten. Vor den Wahlen das Gegenteil von der Politik verkündend, die sie hinterher parlamentarisch tolerierte, machte sich die SPD immer un-

Flugblatt der SPD zur Wahl, 1932



glaubwürdiger und verlor von Wahl zu Wahl Stimmen; von 30% im Jahr 1928 auf 18% im Jahr 1933.

Die Möglichkeit, den Lebensstandard ihrer Anhänger durch außerparlamentarische Mobilisierungen und betriebliche Abwehrkämpfe entschlossen zu verteidigen, wurde von der SPD-Führung nicht ins Auge gefasst. Die Selbstidentifikation mit dem Weimarer Staat führte die SPD zu einer mechanischen Gleichsetzung der Gegner dieses Staates, also von KPD und NSDAP. Wolfgang Abendroth schreibt: „Thälmann gleich Hitler, ‚Nazis‘ gleich ‚Kozis‘ waren die üblen Slogans der SPD-Führung, mit denen sie ihrerseits die Spaltung der Arbeiterbewegung auf die schlimmste Art vertiefte“. An einen gemeinsamen Abwehrkampf mit den Kommunisten gegen Sozialkürzungen und Naziteror war von Seite der SPD-Führung her nicht zu denken. Gerade aber diese Spaltung der Arbeiterbewegung, die Unfähigkeit, eine gemeinsame Antwort auf die kapitalistische Krise zu geben, trieb viele Opfer dieser Krise in die Arme der Nazis. Zwar schlossen sich SPD, Gewerkschaften und Arbeitersportler 1931 zur



„Eisernen Front“ zur Verteidigung der Republik mit 3,5 Mio. Angehörigen zusammen, deren Kern die eine viertelmillion starken „Schutzformationen“ des „Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold“, der sozialdemokratischen Kampforganisation, bildeten. Aber die Legalitäts- und Parlamentsfixierung der SPD verhinderte ihren effektiven Einsatz.

SPD 1932: Gegen Kaiser, Nazis und Kommunisten. Die drei Pfeile waren das Symbol der „Eisernen Front“

Militant, aber sektierisch: Die KPD

Die Kommunistische Partei Deutschlands (KPD) ging aus dem linksradikalen Flügel der SPD hervor, als

KPD-Zentrale in Berlin Anfang der 1933er Jahre, heute Sitz der LINKEN



dieser nach der Zustimmung der SPD zu den Kriegskrediten im Ersten Weltkrieg mit der Partei brach. Anfang der 1920er Jahre zur Massenpartei geworden, zeichnete sich die KPD zunächst durch ein hohes Maß an innerparteilicher Demokratie und Diskussionsfreiheit aus. Verschiedene Strömungen waren in der Partei vorhanden. Eine Kernfrage war dabei die nach dem Umgang mit der SPD: Sollten die Kommunisten die von ihnen für die Ermordung von Luxemburg, Liebknecht und hunderten revolutionären Arbeitern verantwortliche gemachte SPD frontal bekämpfen, wie es die „linken“ Kommunisten forderten? Oder sollte man nicht eher eine Einheitsfront-Politik verfolgen, also der SPD konkrete Mobilisierungen und Bündnisse gegen Angriffe durch das Kapital vorschlagen? Die Idee der Einheitsfront war, dass man entweder, wenn die SPD ablehnte, ihren Anhängern demonstrieren konnte, dass die SPD-Führung nicht einmal für einen Krumen Brot zu kämpfen bereit war. Stimmt sie gemeinsamen außerparlamentarischen Aktivitäten aber zu, würden sich ihre Anhänger durch die radikalisierende Dynamik sozialer Kämpfe nach links bewegen und in der gemeinsamen Praxis erkennen können, dass die Kommunisten die einzigen konsequenten Kämpfer für die Interessen der Arbeiterschaft sind. So sollte versucht werden, eine Mehrheit der Arbeiterschaft für den Kommunismus zu gewinnen, als notwendige Voraussetzung einer erfolgreichen Revolution. Mitte der 1920er Jahre begann ein fundamentaler Wandel der KPD. Ana-

log zu der Entwicklung in Russland stalinisierte sich die Partei unter der Führung um Thälmann. An die Stelle von Diskussion und Demokratie traten Unterordnung und autoritäres Durchsetzen der Parteilinie. Oppositionelle Strömungen wurden aus der Partei gedrängt. Thälmann und Stalin vertraten ab 1929 eine „linke“ Linie im Umgang mit der SPD, die in



Flugblatt: Antifaschistische Einheitsfront gegen die Faschisten

der verhängnisvollen „Sozialfaschismus-Theorie“ der KPD gipfelte. Nach dieser Theorie waren Faschismus und Sozialdemokratie faktisch Zwillinge. Hauptfeind der Kommunisten seien die Sozialdemokraten, da sie durch ihre soziale Rhetorik die Arbeiter vom Klassenkampf fernhalten würden. Der schlimmste Feind seien dabei ausge-

Reichs-
kongress
werkstätiger
Frauen 1929
in Berlin



rechnet die linken Sozialdemokraten: Sie würden besonders geschickt die Arbeiter täuschen. An ein Zusammengehen mit der SPD im Kampf gegen die Nazis war unter diesen Prämissen nicht zu denken. Im Gegenteil. Die KPD erklärte, dass „wir, ohne zuerst über den Sozialfaschismus zu siegen, dem Faschismus nicht aufs Haupt schlagen können.“ Zwar gab es – vor allem ab 1932 – einzelne Versuche, breitere Widerstandsfronten gegen die NSDAP aufzubauen, etwa die „Antifaschistische Aktion“. Sie waren aber als „Einheitsfront nur von unten“ angelegt, also ohne und gegen die SPD-Führung. Den sozialdemokratischen Arbeitern wurde so die Aufgabe ihrer bisherigen Identität als Bedingung einer gemeinsamen Praxis abverlangt, anstatt eine gemeinsame Praxis als ersten Schritt

zu sehen, um sie für den Kommunismus zu gewinnen. Verbindliche Absprachen der Parteiführungen im Kampf gegen die Nazis wurden nicht getroffen. Fatal war auch, dass der ultra-

linke Kurs der Thälmann-Führung mit einem unverantwortlichen, inflationären Gebrauch des Wortes Faschismus einherging. Die SPD-geführte Reichsregierung (bis 1930) galt bereits als „sozialfaschistisch“. Als ab 1930 Rechtsregierungen ohne parlamentarische Mehrheit regierten, erklärte die KPD immer wieder, der Faschismus sei nun an der Macht. Damit ging eine gefährliche Unterschätzung der Nazis einher. So erklärte Thälmann noch 1932: „Nichts wäre jedoch verhängnisvoller, als eine opportunistische Überschätzung des Hitlerfaschismus“. Tatsächlich erwies sich die Unfähigkeit der KPD, zwischen demokratischen, autoritären und faschistischen Formen kapitalistischer Herrschaft zu unterscheiden, als ein großes Verhängnis. Wer schon seit Jahren erklärte, dass der Faschismus bereits an der Macht sei, konnte die wahre Bedeutung des 30. Januar 1933 nicht klar verstehen, und so verkündete die KPD noch lange Zeit optimistisch: „Nach Hitler kommen wir!“ Durch ihre radikale antikapitalistische Haltung wuchs die KPD in der Wirtschaftskrise deutlich. Während sie bei den Reichstagswahlen 1928 10,6% (3,2 Mio. Stimmen) erzielt hatte, waren es im November 1932 16,9% (6 Mio. Stimmen). Die Zahl ihrer Mit-

KPD-Parolen
zur Wahl:
„Stimmt für
ein Sowjet
Deutschland“



Letzte
Ausgabe
der SAP-
Zeitschrift
„Kampf-
signal“,
Februar
1933

glieder schnellte in der gleichen Zeit von 130.000 auf fast 300.000 in die Höhe. Die Kommunisten erhielten diesen Zulauf vor allem aus dem ständig wachsenden Heer der Arbeitslosen. Ihr Wachstum darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass es ihr trotz tiefster kapitalistischer Krise in dieser Zeit nie gelang, das emanzipatorische Potenzial der Arbeiterbewegung zu entfalten und die kapitalistische Gesellschaft grundlegend herauszufordern. Ihr Konfrontationskurs gegen die SPD ließ das Potenzial, das ein gemeinsamer Kampf der Arbeiterorganisationen gegen die Nazis, aber auch gegen die Abwälzung der Kosten der Krise auf die Massen in sich barg, verschüttet. So gelang es nicht, eine hoffnungsvolle, überzeugende und realisierbare sozialistische Perspektive zu entwickeln, mit der womöglich viele der Anhänger der Nazis aus der Arbeiterschaft, unter den Arbeitslosen und aus dem Kleinbürgertum für die Linke hätten gewonnen werden können.

Ihre Strategie blockierte einen effektiven, gemeinsamen Kampf gegen die Nazis. Gleichzeitig waren die Kommunisten aber diejenigen, die den Kampf um die Straße gegen die Nazis am entschiedensten führten: hunderte Kommunisten kamen bei diesen oft bürgerkriegsähnlichen Zügen annehmenden Straßenkämpfen 1929-33 ums Leben. Und nachdem Hitler an der Macht war, gab es keine andere Partei, deren Anhänger einen vergleichbaren, massenhaften Widerstand versucht

und dafür einen vergleichbar hohen Blutzoll zahlten. Fast jedes dritte KPD-Mitglied von 1932 saß in den folgenden Jahren im Gefängnis, tausende wurden ermordet.

Vergebliches Ringen um die Einheitsfront: Die sozialistischen Zwischengruppen

Viel klarer als die großen Organisationen verstanden die zwischen SPD und KPD stehenden, kleineren Gruppierungen der radikalen Linken die elementare Gefahr, die vom Faschismus ausging. Verzweifelt versuchten sie, die großen Parteien für eine antifaschistische Einheitsfront zu gewinnen. Die bedeutendste dieser Gruppierungen war die Sozialistische Arbeiterpartei (SAP) mit circa 25.000 Mitgliedern. Sie wurde 1931 von linken SPDlern gegründet, die die Kompromisspolitik ihrer Partei gegenüber den rechten Regierungen nicht mehr mitmachen wollten.

Für die SAP gehörten der Kampf gegen den Faschismus und gegen das kapita-



listische System, dessen immanenten Krisen den Aufstieg der Nazis erst möglich machten, zusammen. Sie plädierte daher für einen gemeinsamen Kampf der linken Organisationen gegen die Nazis und gegen die Abwälzung der Kosten der Krise auf die Massen. 1932 hieß es in einem Apell der SAP an KPD, SPD und Gewerkschaften: „Der Bruch in der deutschen Arbeiterbewegung geht tief, aber nicht minder tief ist das Verlangen, ihn in dieser Stunde akuter Gefahr zu überbrücken und jedenfalls nicht an ihm den Kampf für diejenigen Forderungen scheitern zu lassen, die die Arbeiterschaft über alle grundsätzlichen, politischen und taktischen Meinungsverschiedenheiten hinweg einen. Einmütigkeit besteht in dem Willen zur Abwehr des Faschismus, zur Abwehr des Lohnabbaus, zur Verteidigung der Sozialgesetzgebung, zur Bekämpfung aller Kriegsgefahren. Wir schlagen euch darum vor, diese vier Punkte als Möglichkeit einer gemeinsamen Aktion aller Organisationen der Arbeiterschaft zu machen.“ Den Anti-Nazi-Kampf sah die SAP als Möglichkeit für die Linke, zusammenzukommen und ein neues Gefühl der

Stärke zu entwickeln. In ihrem Aktionsprogramm hieß es: „Es gilt daher vor allen Dingen, durch einheitliche Aktionen gegen den Faschismus die Arbeiterklasse wieder zum Bewusstsein ihrer Kraft ... zu bringen.“ Erfolgreiche Abwehrkämpfe gegen den Faschismus sah sie als eine Bedingung für Selbstvertrauen, um den Kapitalismus zu bekämpfen und so dem Faschismus endgültig seine Voraussetzung nehmen zu können. Sehr präzise Analysen des Faschismus und klarsichtige Vorschläge zur Politik der deutschen Linken wurden auch von der KPD-Opposition (KPO), einer stark an den Vorstellungen Lenins und Luxemburgs ausgerichteten KPD-Abspaltung, sowie von den Anhängern des russischen Revolutionärs Leo Trotzki formuliert. Auch sie drängten die großen Parteien zu einem gemeinsamen und entschlossenen Kampf gegen den drohenden Sieg Hitlers. Von seinem türkischen Exil aus warnte Trotzki verzweifelt vor der tödlichen Gefahr, die für die gesamte deutsche Arbeiterbewegung von den Nazis ausging. Gegen diese Gefahr müsse es einen gemeinsamen Abwehrkampf über

Denkmal im Ernst-Thälmann-Park in Berlin (l) und Gedenkplatte im KZ Buchenwald (r.)



alle Gräben hinweg geben: „Der kommunistische Arbeiter muss zum sozialdemokratischen Arbeiter sagen: ‚Die Politik unserer Parteien ist unversöhnlich; aber wenn die Faschisten heute Nacht kommen, um die Räume Deiner Organisation zu zerstören, so werde ich Dir mit der Waffe in der Hand zu Hilfe kommen. Versprichst Du, ebenfalls zu helfen, wenn die Gefahr meine Organisation bedroht?‘ Das ist die Quintessenz der Politik der jetzigen Periode.“ Die von SAP und Anderen vertretene Einheitsfrontkonzeption ging immer von zwei Annahmen aus: Erstens, dass in einer direkten Auseinandersetzung mit den Nazis ein Zusammenstehen der Arbeiterbewegung unabdingbar war, um eine Machtergreifung der NSDAP zu verhindern. Zweitens, dass die Nazis letztlich nur gestoppt werden können, wenn es der Linken gelang, den Opfern der Wirtschaftskrise eine glaubwürdige, positive Antwort auf ihre Situation zu geben, um so zu verhindern, dass sie in die Arme der Nazis liefen. Dieses könne aber nur mit einer auf die baldige Überwindung des Kapitalismus abzielenden sozialistischen Perspektive geschehen. Nur im gemeinsamen Kampf der Arbeiterorganisationen gegen die konkreten Auswirkungen der Krise auf die Bevölkerung könne eine solche Perspektive glaubhaft werden. Die Einheitsfront gegen die faschistische Gefahr und der Kampf für die Überwindung des Kapitalismus gehörten zusammen. Welches Potenzial für eine positive gesellschaftliche Perspektive ein gemeinsamer Kampf der Linken

in sich barg, hatte sich 1926 gezeigt. Damals hatte die KPD eine Kampagne für einen Volksentscheid für eine entschädigungslose Enteignung der 1918 gestürzten Fürsten initiiert. Überall wurden Einheitsfrontkomitees gebildet und Aktionen organisiert. Der Druck auf die SPD war schließlich so stark geworden, dass sie den Volksentscheid unterstützte. Bei der Abstimmung stimmten 14,5 Mio. Menschen dem Vorschlag von SPD und KPD zu – mehr, als beide Parteien zusammen je bei Wahlen an Stimmen erhielten. Und auch nach 1929 konnte der Konfrontationskurs der beiden Parteien nicht verhindern, dass viele ihrer Mitglieder auf Stadtteil- und Betriebsebene gemeinsam gegen die Nazis kämpften.

Aufruf des Zentralkomitee der KPD und des Reichskomitees der Revolutionären Gewerkschafts Opposition (RGO)

Wir Kommunisten und Mitglieder der RGO und der roten Gewerkschaften erklären: Wir sind bereit, mit jeder Organisation, in der Arbeiter vereinigt sind und die wirklich den Kampf gegen Lohn- und Unterstützungsabbau führen will, gemeinsam zu kämpfen. Wir Kommunisten schlagen euch vor: sofort in jeden Betrieb und in jedem Schacht, auf allen Stempelstellen und Arbeitsnachweisen, in allen Gewerkschaften Massenversammlungen der Arbeiter einzuberufen, die gemeinsame Forderungen aufzustellen, Kampfausschüsse und Streikleitungen der kommunistischen, sozialdemokratischen, christlichen und parteilosen Arbeiter zu wählen und entschlossen den Massenkampf und den Streik gegen Lohn- und Unterstützungsabbau vorzubereiten und durchzuführen.

Die sozialistischen Zwischengruppen propagierten den einzigen Weg, der im Kampf gegen die Nazis eine Aussicht auf Erfolg gehabt hätte: Die antifaschistische Einheitsfront der Linken (noch im November 1932, bei der letzten freien Reichstagswahl, hatten KPD und SPD zusammen 1,5 Mio. Stimmen mehr als die NSDAP erhalten). Ihre geringe Größe verdammt sie allerdings dazu, der Geschichte Weimars keine entscheidende Wendung mehr geben zu können. Von Anfang an waren sie zu klein und ihr Einfluss in der Arbeiterbewegung zu gering, um SPD und KPD von ihrem katastrophalen Kurs abbringen zu können. Und so waren sie dazu verurteilt, den Sieg des Faschismus im Wissen von der Möglichkeit, ihn zu stoppen, voraussehen und erleben zu müssen, ohne ihn stoppen zu können.

Relevant für heute

Einige Erfahrungen aus dem Scheitern der Linken im Kampf gegen den Aufstieg der Nazis sind – trotz völlig veränderter Rahmenbedingungen – auch für heute relevant. Dies gilt zum Einen für die Erkenntnis, dass die Nazis eine potenziell tödliche Gefahr für die gesamte Linke, die Arbeiterbewegung und soziale Bewegungen, Juden, Homosexuelle, MigrantInnen etc. darstellen. Im Kampf gegen sie gilt es, über alle Grenzen und Vorbehalte hinweg zusammenzustehen. Ein Vertrauen auf den Staat im Kampf gegen die Nazis ist heute so verkehrt, wie es damals war. Aufgabe einer antifaschistischen Bewegung ist vielmehr, selbst aktiv zu werden, den Nazis keinen Raum in der Gesellschaft zu lassen und sich ihnen

massenhaft, auf allen Ebenen und mit allen Mitteln entgegen zu stellen. Dabei – auch das lehren die Jahre vor 1933 – reicht es für SozialistInnen nicht aus, nur den status quo unserer kapitalistischen Gesellschaft gegen die Nazis zu verteidigen. Denn es sind die Widersprüche und die immanenten Krisen des Kapitalismus, die immer wieder dazu führen können, dass potenziell Millionen bereit sind, Rassisten, Faschisten und Antisemiten zuzuhören. Aufgabe von SozialistInnen ist daher immer auch, eine glaubwürdige, positive, auf Solidarität, Kooperation und Klassenkampf gründende demokratische und sozialistische Alternative gesellschaftlich stark zu machen. Hier sollte uns die Erfahrung der SPD vor 1933 eine Warnung sein: Eine linke Partei, die sich – wie die SPD durch ihre Regierungsbeteiligung bis 1930 und durch ihre Tolerierung bürgerlicher Regierungen in den folgenden Jahren – zum Mittverwalter des kapitalistischen Elends macht, läuft Gefahr, selbst mit diesem System identifiziert zu werden. Ihr droht der Verlust jeder Glaubwürdigkeit, eine Alternative zum Bestehenden darzustellen. Wenn sich aber in einer tiefen Krise wie der ab 1929 Millionen von einem System abwenden, das ihnen keine Perspektive mehr bieten kann, braucht es eine starke und glaubwürdige demokratische und sozialistische Kraft, um die Abkehr vom System in eine emanzipatorische Richtung lenken zu können. Der Aufbau einer solchen Kraft ist eine Aufgabe, der gerade in der tiefsten Krise des Kapitalismus seit 1929 eine besondere Bedeutung zukommt.

Rechtsextremismus heute: Wo stehen die Nazis?

Von Sander Fuchs

Um zu verstehen, wie es um die rechtsextreme Szene im Deutschland des 21. Jahrhunderts bestellt ist, ist es nötig, sich zunächst mit der Bedeutung des Begriffs „Rechtsextremismus“ auseinanderzusetzen. Häufig werden Begriffe wie Faschisten, Nazis/Neonazis oder einfach Rechte oder Rechtsextreme synonym verwendet. Es muss jedoch darauf hingewiesen werden, dass es sich in der Regel um eine Fremdbeschreibung handelt – die wenigsten Nazis bzw. Rechtsextremisten bezeichnen sich als solche, sondern nennen sich zum Beispiel schlicht Konservative, Nationalisten oder Patrioten. Im amtlichen Sprachgebrauch unserer kapitalistischen bürgerlichen Demokratie werden extremistische Gruppen und Ideologien als solche definiert, welche der freiheitlich-demokratischen Grundordnung der deutschen Verfassung entgegenstehen. Diese Definition steht in der Kritik, weil sie keinen Unterschied zwischen linkem und rechtem Extremismus macht. Auf was für Kernelementen basiert aber eine rechtsextreme Einstellung?

Nach sozialwissenschaftlicher Lesart gibt es fünf Elemente, welche als hinreichend für ein „geschlossenes rechtsextremistisches Weltbild“ ein-

gestuft werden: Diese sind Rassismus, Antisemitismus, Verharmlosung des Nationalsozialismus, chauvinistischer Nationalismus sowie die Befürwortung von rechtsautoritären Regimen. Dabei soll nicht verschwiegen werden, dass rechtsextreme Einstellungen oft noch weitere Elemente (Homophobie, Antiliberalismus oder Antiintellektualismus) beinhalten.

Die Verbreitung dieser unterschiedlichen Einstellungsmerkmale in der Gesellschaft ist sehr ungleich und schwer zu erfassen, da verschiedene Datenerhebungen zum Teil sehr unterschiedliche Maßstäbe zur Messung der Einstellung anlegen.

Grob lässt sich schätzen, dass etwa 10 bis 15% der Bevölkerung Deutschlands über ein rechtsextremistisches Weltbild verfügen. Einzelne Merkmale (etwa Rassismus) sind hingegen weiter verbreitet und reichen bis weit in die Mitte der Gesellschaft.

Doch was genau wollen die Nazis? Und wie versuchen sie es zu erreichen?

Das Ziel der Rechtsextremen ist eine Transformation der bestehenden staatlichen Ordnung in ein völkisch-

Sander Fuchs ist aktiv bei Die Linke.SDS an der Freien Universität in Berlin



nationalistisches, rechtsautoritäres Regime nach dem Führerprinzip. Die Legitimation dieses Strebens und des eigenen Machtanspruchs besteht in einer allgegenwärtigen und akuten Bedrohung des deutschen Volkes von Innen und von Außen. Seit Entstehung des modernen Rechtsextremismus zu Beginn des 1. Weltkrieges bilden der übertriebene Verfolgungswahn, gekoppelt mit einem ebenso übersteigerten Größenwahn ein dialektisches Spannungsverhältnis, welches zur Legitimation der rechtsextremen Ideologie dient. Durch die Schaffung von

Feindbildern, gegen die es sich zu wehren gilt, wird versucht, ein gesellschaftliches Bedürfnis nach einer radikalen autoritären Lösung zu schaffen.

Und was heißt das konkret?

Seit Mitte der 1990er Jahre hat die zuvor eher stagnierende rechtsextreme Szene einen einschneidenden Wandel erlebt, an welchem maßgeblich die NPD sowie ihr Vorsitzender Udo Voigt beteiligt waren. Es kam zu einer Umorientierung der Partei von einer national-konservativen hin zu einer stärker neonazistisch geprägten Anhängerschaft.

»» In der Extremismus-Falle

Aktuelle Extremismus-Debatten oder: Der absurde Versuch einer Gleichsetzung von links und rechts

Viele Anhänger der bürgerlich-kapitalistischen Ordnung versuchen, Rechts- und Linksextremisten gleichzusetzen. Beide würden die freiheitlich-demokratische Grundordnung ablehnen. Auch wird immer wieder versucht, die Verbrechen des Nationalsozialismus mit Unterdrückung in der DDR gleichzustellen. Als Ergebnis wird die bestehende Gesellschaft als die einzig anzustrebende dargestellt, die es gegen ihre Feinde von rechts und links zu verteidigen gälte. In der Forschung drückt sich dies in der „Totalitarismus-Theorie“ aus.

Diese Gleichsetzung ist unbedingt abzulehnen. Denn einerseits dient sie zur Legitimierung von gesellschaftlichen Verhältnissen, die ihrerseits durchaus extremistische Züge tragen: Für tausende von Flüchtlingen, für die die Undurchlässigkeit der europäischen Grenzen den Tod bedeuten; für Millionen Menschen, die verhungern müssen, weil sie in der Marktwirtschaft keine kaufkräftige Kundschaft darstellen; für Millionen von Arbeitslosen, die gesellschaftlich ausgeschlossen werden, während Andere an Überarbeitung erkranken – für sie und unzählige andere Menschen bedeutet der kapitalistische Normalzustand Hunger, Tod und Elend. Es ist diese kapitalisti-

sche Weltordnung, die einen großen Teil der Menschheit von der Verwirklichung der sozialen Menschenrechte (wie dem Zugang zu Bildung, Wohnen, Gesundheit, ...) abschneidet. Andererseits übersieht diese Gleichsetzung den fundamentalen Unterschied einer extremen Rechten zur radikalen Linken. Historisch steht die radikale Linke in der Tradition der Ideale der französischen Revolution (Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit). Sie sieht diese Ideale im Kapitalismus als nicht verwirklicht an und strebt daher nach einer anderen Gesellschaft, die tatsächlich auf diesen Grundsätzen basiert. Im Gegensatz dazu wollen die extremen Rechten hinter die Ideale der

Beispielhaft für die gesamte rechtsextreme Szene wird deshalb im Folgenden auf eine Strategie eingegangen, welche in der NPD 1997 beschlossen wurde und die sie zu dem spektrenübergreifenden Akteur gemacht hat, den sie heute darstellt. Die Rede ist von der Dreisäulenstrategie, die aus den folgenden Elementen besteht: dem Kampf um die Straße, dem Kampf um die Köpfe sowie dem Kampf um die Parlamente. Auch wenn diese Strategie ursprünglich von der NPD formuliert wurde, lässt sich an ihr beispielhaft die Strategie der rechtsextremen Szene insgesamt verdeutlichen.

Kampf um die Straße

Der Kampf um die Straße wird stark von aktionistischen Elementen des rechtsextremen Spektrums ausgefochten. Bis Anfang der 90er Jahre nahm diese Aktionsform keinen hohen Stellenwert in der Strategie des organisierten Rechtsextremismus ein. Erst seit der Jahrtausendwende gelingt es den Nazis verstärkt, jährlich wiederkehrende und wachsende Demonstrationen durchzuführen; sowohl deren Anzahl als auch die Größe dieser Aufmärsche hat in den vergangenen 10 Jahren deutlich zugenommen. Ziel ist die Zurschaustellung



französischen Revolution zurückfallen. Sie bestreiten grundsätzlich die Gleichheit zwischen den Menschen, wie sie etwa in der Deklaration der Menschenrechte zum Ausdruck kommt. Während die radikale Linke über die Begrenztheit der bürgerlichen Demokratie hinauswill (etwa, weil Wirtschaft, Staatsapparat und Medien bisher keiner



Comic des Verfassungsschutz-NRW (2009). Der junge Antifa „Andi“ im Streit mit einem Nazi - seine drei Freunde denken: Beides Extremisten!

beständigen demokratischen Kontrolle von unten unterworfen die Demokratie ab und strebt ein autoritäres Führerprinzip an. Während die radikale Linke die kapitalistische Globalisierung über sich selbst hinaustreiben will hin zu einer Welt ohne Grenzen, Klassen und Staaten, will die extreme Rechte zurück zu Nation und Vaterland. Unter der schwarz-gelben Bundesregierung erleben wir

eine Rückkehr von Totalitarismus-Theorien und Extremismus-Debatten. Das Ziel ist dabei klar: Durch eine Gleichsetzung mit Rechtsextremisten und Neofaschisten soll jede radikale, emanzipatorische, demokratische und sozialistische linke Perspektive in Zeiten kapitalistischer Krisen systematisch diskreditiert werden. Diesen Versuchen muss sich die gesamte Linke entschlossen entgegenstellen. [fw]

von Stärke und Zusammenhalt nach Außen, um sowohl politische Gegner einzuschüchtern als auch für potentielle Unterstützer attraktiv zu wirken. Auch sollen die Beteiligten durch das Erleben von Kameradschaft das Gefühl haben, Teil einer größeren gesellschaftlichen Bewegung zu sein. Maßgeblich ziehen die Nazis ihr Selbstbewusstsein aus erfolgreichen Aufmärschen, Kundgebungen oder „Mahnwachen“, klar erkennbar am signifikanten Ansteigen rechtsextremer Gewalttaten nach größeren Aktionen. Beispielhaft sei hier auf den Überfall auf Busse des DGB an einem Autobahnrastplatz hingewiesen, welche sich unmittelbar im Anschluss an den erfolgreichen Großaufmarsch am 14.02.09 in Dresden ereignete. Neben den freien Kameradschaften und Teilen der Skinheadszenen sind in den letzten Jahren besonders die Autonomen Nationalisten aktiv. Auch Teile der Burschenschaften sind eng mit dem rechtsextremen Spektrum verflochten. Meist werden historisch bedeutsame Daten zum Anlass größerer Aufmärsche genommen, so zum Beispiel die Bombardierung Dresdens am 14.02.1945, der 1. Mai oder auch der Volkstrauertag Mitte November. Thematisch lässt sich eine stärkere Akzentuierung system-, globalisierungs- und kapitalismuskritischer Inhalte, stets jedoch in Zusammenhang mit rassistischen und antisemitischen Untertönen, ausmachen. Auch das Erscheinungsbild von rechten Aufmärschen hat sich, maßgeblich durch den Einfluss der Autonomen Nationalisten, hin zu einer eher aus linken Zusammenhängen bekannten „Black Block“-Optik gewandelt.



Kampf um die Köpfe

Eine weitere wichtige Stütze für die rechtsextreme Ideologie ist der Kampf um die Köpfe. Es geht dabei darum, die öffentliche Meinung und Debatte im Sinne des rechten Gedankengutes zu beeinflussen. Diese Strategie findet auf verschiedensten Ebenen statt; im intellektuellen Diskurs ebenso wie durch rechtsextreme Inhalte bestimmter Musikszenen. Besonders die Publikation rechter Medien, maßgeblich durch den Vorsitzenden der DVU (Gerhard Frey), ist ein oft genutztes Mittel zur Beeinflussung des Diskurses. Ein zentraler thematischer Schwerpunkt war und ist dabei die Verharmlosung des Nationalsozialismus sowie der pseudowissenschaftlich begründete Antisemitismus. Geschichtsrevisionismus in Form von Holocaustleugnung sind ebenso oft anzutreffen wie eine Vertauschung von Täter- und Opferrolle.

In den meisten Fällen wird Anschluss an öffentliche Debatten aus der Mitte der Gesellschaft gesucht, die rechts-extreme Ideologie tritt meist also verschleiert zutage. So werden beispielsweise in der Szene bekannte Codewörter („Ostküste“, „internationales Großkapital“) verwendet, wenn vom Judentum die Rede ist.

Ziel ist der Brückenschlag zwischen konservativen Demokraten und dem rechtsextremistischen Spektrum sowie eine wachsende Akzeptanz für rechtsextreme Einstellungen in der breiten Bevölkerung.

Kampf um die Parlamente

Der Einzug in deutsche Parlamente, sowohl auf Landes- als auch auf kommunaler Ebene, ist das dritte Standbein der rechten Strategie. Erwähnenswerte

Parteien sind dabei die DVU (Deutsche Volksunion), die Republikaner und, den anderen deutlich voran, die NPD (Nationaldemokratische Partei Deutschland). Der Wahlerfolg ist deshalb für die Neofaschisten so wichtig, weil die Finanzierung eines großen Teils der Szene letztlich von Parteigeldern und somit der staatlichen Parteienfinanzierung abhängt. Der steigende Bekanntheitsgrad sowie die Ausbildung effektiv arbeitender Kader sind weitere

» Die NPD

Gegründet 1964 war die Nationaldemokratische Partei Deutschland (NPD) zunächst Sammelbecken für nationalistische und rechtskonservative Gruppierungen. Nach Verbot der nationalsozialistischen SRP (Sozialistische Reichspartei) 1952 fanden viele ehemalige Mitglieder in der NPD eine neue Struktur.

Die NPD propagiert einen völkischen Nationalismus, ist stark rassistisch und wird mehrheitlich als verfassungsfeindlich eingestuft. Der Partei gelang es Ende der 60er Jahre, in sieben Landesparlamente der BRD einzuziehen; nach diesem anfänglich großen Erfolg versank die Partei bis Mitte der 1990er in die Bedeutungslosigkeit. Unter dem Vorsitzenden Udo Voigt

näherte sich die NPD Ende der 1990er Jahre stärker der neonazistischen Richtung und öffnete sich teilweise für eine enge Zusammenarbeit mit den freien Kräften. 2004 stellte ein Bericht des Verfassungsschutzes fest, dass die Partei mit ihrer Strategie der „deutschen Einheitsfront“ zum zentralen Akteur der Einigungsbemühungen des rechtsextremen Lagers geworden sei.

Die Partei zählt zur Zeit etwa 7.000 Mitglieder, ihre Jugendorganisation Junge Nationaldemokraten (JN) enthält etwa 350 Mitglieder. In den Jahren 2001 bis 2003 scheiterte ein Verbotsverfahren gegen die NPD. Maßgeblich war hierfür der massive Einfluss eingesetzter V-Männer auf den Kurs der Partei.



Im Jahr 2004 zog die NPD in Sachsen seit knapp 40 Jahren mit 9,2% der Stimmen erstmals wieder in ein Landesparlament ein; ebenso in Mecklenburg-Vorpommern im Jahr 2006. In Sachsen gelang der NPD 2009 zum ersten Mal in ihrer Geschichte der Wiedereinzug in ein Landesparlament. Insgesamt ist die NPD als neonazistische Partei eine Gefahr, welche seit der Jahrtausendwende verstärkt Erfolge für sich verbuchen kann. [sf]

» Burschenschaften

Burschenschaften stellen etwa ein Fünftel der deutschen und österreichischen studentischen Verbindungen dar. In Deutschland gibt es ihrer etwa 140. Der Großteil richtet sich nach den Leitlinien aus dem Jahr 1815, welche sich in den Schlagworten „Ehre, Freiheit, Vaterland“ zusammenfassen lassen.

Viele Burschenschaften sind schlagend, das bedeutet, sie richten sogenannte Messuren aus, bei welchen sie sich mit anderen schlagenden Burschenschaften mit scharfen Fechtwaffen Narben ins Gesicht schlagen. Die beiden großen deutschen Burschenschaftsvereinigungen haben insgesamt rund 20.000 Mitglieder; diesen stehen etwa 135.000 „Alte Herren“ gegenüber. Diese Ex-Burschis unterstützen Studierende

finanziell und nach dem Studiumsende. Die aus dem Widerstandskampf gegen Napoleon entstandene Urburschenschaft verfolgte bereits einen völkisch geprägten Nationalismus; heutigen Burschenschaften wird oft nachgesagt, sie seien eine Schnittstelle zwischen rechtskonservativen und rechtsextremen Spektren. Denn schon häufig sind in der Vergangenheit Burschenschaften durch antisemitische, geschichtsrevisionistische oder pronazistische Statements aufgefallen. Auch sind einige führende Burschis Mitglieder in faschistischen Parteien; ein Beispiel ist hierfür Jürgen Hansel, NPD-Funktionär und „Alter Herr“ der Burschenschaft Dresdensia-Rugia oder, Rolf Schlierer, Vorsitzende der REP (Burschenschaft „Germania“). Die Münchner Burschenschaft

Danubia hat unter anderem den bekannten Neonazi Horst Mahler zu Vorträgen eingeladen. Dennoch wäre es falsch, alle Burschenschaften als rechtsextrem zu bezeichnen. Jedoch zeichnen sich fast alle durch einen

starken Konservatismus aus. Die meisten Burschenschaften nehmen ausschließlich Männer auf, viele auch ausschließlich Deutsche. Hierbei ist nicht die Staatsangehörigkeit, sondern die völkische Abstammung ausschlaggebend. 1996 spalteten sich einige gemäßigte Burschenschaften von der „Deutschen Burschenschaft“, (DB) dem damaligen Dachverband aller deutschen Burschenschaften, ab und bildeten die „Neue Deutsche Burschenschaft“ (NDB). Die NDB zählt etwa 4.000 Mitglieder, die DB ca. 15.000. Während sich die NDP politisch stark an CDU/CSU orientiert, hat die DB seit dem Austritt der gemäßigten Kräfte eine Radikalisierungsphase durchgemacht. Letztlich gilt: Burschenschaften sind Vereinigungen, die politisch zwischen konservativ und rechtsextremistisch einzustufen sind und vor allem als Einstieg junger Studenten in rechte Kreise gefährlich sind. Ihr hoher Organisationsgrad und die starke Unterstützung durch ehemalige Burschenschaftler machen sie zu schlagkräftigen Bündeln, die von Antifaschisten nicht unterbewertet werden sollten. [sf]



Burschenschaftler auf einem Nazi-Aufmarsch auf dem Soldatenfriedhof in Halbe (2004)

Effekte, welche von den rechten Parteien angestrebt werden. Und schließlich führt der Einzug in ein Parlament zu einer „Normalisierung“ und deutlich steigender Akzeptanz für die betreffende Partei in der Gesellschaft.

Die verschiedenen Parteien führen diesen Kampf mit variierendem Erfolg. Die Republikaner, die am wenigsten radikale dieser 3 Parteien, konnten auf Landesebene schon seit Anfang der 90er Jahre keine Erfolge mehr verzeichnen; sie sind jedoch auf kommunaler Ebene in 95 Städten vertreten. Währenddessen schaffte die DVU seit 1987 achtmal den Einzug in ein Länderparlament und erreichte mit 12,9% der Stimmen 1998 in Sachsen-Anhalt das höchste Ergebnis einer rechtsextremen Partei auf Landesebene. Die NPD war nach ihrer Gründung in den 60er Jahren zeitweise in 7 Länder-

parlamenten der BRD zugleich vertreten, bevor sie lange Zeit in die politische Bedeutungslosigkeit hinabsank. Seit dem Einzug in den sächsischen Landtag 2004 sowie in Mecklenburg-Vorpommern 2007 ist auch auf kommunaler Ebene ein erneuter Aufschwung der Partei zu beobachten.

Fazit

Nach den vorangegangenen Ausführungen ist festzuhalten, dass die Stärke und die Organisation der Rechtsextremen nicht zu unterschätzen ist. Seit Beginn des 21. Jahrhunderts ist eine deutliche Stärkung der Neofaschisten festzustellen. Die NPD ist hierbei ein zentraler Akteur, welcher parteilich organisierte und stärker autonom handelnde Teile des rechtsextremen Spektrums mit wachsendem Erfolg zusammenbringt.

Gemeinsames
Transparent
der NPD und
sog. „Freie
Kräfte Nord-
deutschland“



(Un)Kultur von Rechts

Menschenverachtung als Unterhaltungswert?

Von Antje Rosebrock

Springerstiefel, Glatze und Bomberjacke? Von diesem altgedienten Klischee ist die rechte Szene inzwischen zu einem großen Teil abgerückt. Natürlich gibt es sie immer noch: die Skinhead-Kameradschaften. Doch dringen rechte Ansichten und Ideologien immer mehr in die verschiedensten Subkulturen vor. Sie Alle vereint der Hass auf jede Person, die sie aus den verschiedensten Gründen als „nicht zugehörig“ definieren.

Rechte Unkultur dient als Methode, um bisher politisch unentschlossene Jugendliche für den „nationalen Kampf“ zu gewinnen – leider häufig mit erschreckend großem Erfolg. Gerade in Regionen mit ungenügend Ausbildungsplätzen und fehlenden kostengünstigen Freizeitmöglichkeiten finden rechte Ansichten bei Jugendlichen ein leicht zu füllendes Vakuum. Der Weg zu organisierten Bestrebungen ist dann auch nicht mehr weit.

„Freie Kameradschaften“

Um Verbotverfahren zu umgehen entstanden in den 1990er Jahren verstärkt Freie Kameradschaften, die bewusst vereinsähnliche Organisationsstrukturen umgehen. Sie organisieren sich in örtlichen Gruppen, die in etwa 15 bis 20 Mitglieder umfassen und zudem häufig untereinander vernetzt sind. Regelmäßig stattfinden

dende Kameradschaftsabende bieten ein Gemeinschaftserlebnis, dienen zur Vorbereitung von Aktionen und häufig auch für die rechtsextreme Schulung. Im sicheren Gruppenverband ist auch der Hang zu Straftaten größer, die meist in der Gemeinschaft verübt werden. Der überwiegende Teil der Kameradschaftsmitglieder ist männlich, das Einstiegsalter liegt bei 16 Jahren.

Der Vorteil gegenüber neonazistischen Gruppierungen ist, dass Freie Kameradschaften dynamischer sind und häufig die Führungspersonen wechseln, was dazu führt, dass sie nur wie zufällige Randerscheinungen wahrgenommen werden.

Rechtsextremistinnen

Die Bedeutung der Frau in der rechten Szene ist zwiespältig: Auf der einen Seite wird sie, getreu dem nationalsozialistischen Ideal, in der Rolle der Mutter zur Erhaltung der deutschen Volksgemeinschaft gesehen: Sie backt Apfelkuchen für Infostände und bügelt die Hemden. Auf der anderen Seite erscheint sie als Kämpferin, die ihrem männlichen Kameraden in nichts nachsteht. Es wird geschätzt, dass Frauen heute rund ein Drittel der rechten Szene ausmachen. Zwar sind inzwischen 5% der rechten Straftäter weiblich, doch häufig arbeiten sie im Hintergrund, übernehmen logistische Aufgaben, melden Aufmärsche an oder

agieren als Spitzel in linken Kreisen. Insgesamt wird die Rolle der Frau aber weitestgehend nur auf die sexuellen und mütterlichen Aspekte heruntergebrochen.

Gewalt

Allein im Jahre 2009 konnten 20.000 Gewaltdelikte mit der rechten Szene

in Verbindung gebracht werden. Das sind fast 55 rechte Übergriffe pro Tag. Gewalt ist nicht nur eine unliebsame Nebenerscheinung rechtsradikaler Unkultur, sondern eines der zentralen Bestandteile. Ausgelöst durch einen martialischen Männerkult und ein konstruiertes Feindbild, richtet sie sich gegen jeden, der als potentielles Opfer

» „Freie Kameradschaften“

Neonazistische Gruppierungen, welche weder parteilich noch in Vereinen organisiert sind, werden als „Freie Kameradschaften“ bezeichnet. Die meisten „Freien Kameradschaften“ entstanden Anfang der 1990er Jahre nach dem Verbot verschiedener neonazistischer Organisationen, wie etwa die „Nationalistische Front“ (NF) im Jahr 1992. Schätzungsweise existieren in der BRD etwa 180 Kameradschaften mit bis zu 3.000 Mitgliedern – die Angaben sind jedoch oft ungenau, da Anzahl und Aktivitäten der Kameradschaften stark schwanken. Kameradschaften arbeiten in der

Regel unabhängig, sind jedoch netzwerkartig verknüpft und in überregionalen Bündnissen zusammengeschlossen. Vielerorts gibt es enge Kontakte zur NPD und deren Jugendorganisation JN. Im Bundesvorstand der Partei gilt der Neonaziführer Thorsten Heise als Bindeglied zu den Kameradschaften. Teilweise wird die NPD jedoch auch als „Systempartei“ abgelehnt. Die Kameradschaften versuchen, durch aggressive Präsenz auf der Straße in Form von Aufmärschen und Aktionen ein Klima der Angst zu erschaffen, indem der Widerstand gegen ihre Aktivitäten durch

Furcht unterbunden wird. Dazu gehört auch die Arbeit der „Anti-Antifa“, welche linke Aktivisten, aber auch Journalisten und Richter, auf Feindlisten sammelt

und zur Verfolgung der Personen aufruft.

Ideologisch beziehen sich die meisten Kameradschaften auf den Nationalsozialismus und sehen sich selbst in der Rolle „politischer Soldaten“. Sie versuchen an gesellschaftliche Themen anzuknüpfen. So traten Kameradschaften bei Sozialprotesten auf und versuchten mit nationalistischen Einstellungen Anschluss zu finden. Teilweise äußern sie sich auch kapitalismuskritisch. Diese Kritik ist jedoch stets mit antisemitischem und rassistischem Hintergrund gefärbt. Staatliche Stellen gehen immer wieder gegen Kameradschaften vor. In den letzten Jahren wurden zahlreiche Gruppierungen verboten, darunter die „Skinheads Sächsische Schweiz“ (2001), die Berliner „Kameradschaft Tor“ (2005) oder die „Mecklenburgische Aktionsfront“ (2009). [sf]



Antje Rosebrock ist Mitglied des LandessprecherInnenrat der linksjugend [solid] in Niedersachsen

identifiziert werden kann: MigrantInnen, AntifaschistInnen, Schwule und Lesben, Obdachlose... Ihre Hintergründe werden häufig von den zuständigen



Richtern nicht erkannt oder bewusst ausgeblendet, die Taten als „normal“ und „nicht politisch motiviert“ eingestuft.

Meist sind es keine Einzeltäter sondern ein ganzer Mob, der ein häufig eindeutig unterlegenes Opfer angreift. Die Straftaten passieren meist während, aber auch am Rande von Veranstaltungen. Nämlich dann, wenn einzelne GegendemonstrantInnen auf dem Hin- oder Rückweg angetroffen werden.

Die simple Logik der Neonazis: Wo die Polizei aufhört gegen ‚Asoziale‘ durchzugreifen, werden die Nazis zur Bürgermiliz.

Please, turn it down! RechtsRock

Nur mit brutalen Hasstiraden lassen sich Jugendliche schwerlich ködern. Musik gilt in der rechten Szene als Einstiegsdroge Nummer Eins und ist ein wirksames Mittel, um rechtsradikales Gedankengut zu vermitteln.

» Codes der Neonazis

Da Zeichen und Parolen wie das Hakenkreuz oder der Hitlergruß in Deutschland verboten sind, wird häufig auf Zahlencodes zurückgegriffen. Sie finden sich an Hauswänden, auf Kleidungsstücken, werden tätowiert oder in Liedtexten verwendet. Oftmals weisen die Codes auf die entsprechenden Buchstaben im Alphabet hin oder stehen für ein Datum.

- 88 HH – „Heil Hitler“
- 18 AH – Adolf Hitler
- 1347 MdG – „Mit deutschem Gruße“ war eine weitverbreitete Briefgrußformel in der Zeit des Nationalsozialismus und ist inzwischen dann verboten, wenn sie in einem Text mit eindeutig nationalsozialistischem Bezug auftaucht
- 28 BH – „Blood & Honour“ (in der BRD verbotenes Neonazi-Netzwerk)
- 14 „14 words“ (Ausspruch des amerikanischen Neonazi David Lane: „We must secure the existence für our people and a future for white children“)
- 100% „rein arisch“
- 4/20 20. April (Geburtstag von Adolf Hitler)

„Musik ist unsere Waffe, gefährlicher als Panzer und Granaten“, sagt die Rechtsrock-Band „Sturmwehr“. Die einschlägige Musik wirkt als verbindendes subkulturelles Element und Identitätsstiftend. Die Feindbilder und Ideologiefragmente werden gemäß des Anlasses und Ziels verwendet und mehr oder minder unterschwellig benutzt. Meist wird dabei versucht, unterhalb eines Straftatbestandes zu agieren, um die Indizierung der CDs zu vermeiden. Nichtsdestotrotz wer-

den CDs vielfach im Ausland produziert oder können auf Internetseiten heruntergeladen werden. Auch die NPD erkannte, dass man mit Musik Jugendliche leicht ködern kann und verteilte im Wahlkampf ihre kostenlose „Schulhof-CD“ bisweilen sogar an Grundschulen. Bands wie die 2005 verbotene Nazi-Band „Landser“ erreichen in der rechten Szene und bei vielen Jugendlichen inzwischen einen Bekanntheitsgrad von 100% und haben Kultstatus.

» „Autonome Nationalisten“

Die „Autonomen Nationalisten“ entstammen den „Freien Kameradschaften“ und traten erstmals etwa im Jahr 2002 in Berlin in Erscheinung. Die meist jungen Neonazis grenzen sich von traditionellen Erscheinungsformen der Neonazis ab und kopieren paradoxerweise sowohl Kleidungsstil als auch Slogans von linken Gruppierungen, vor allem der Antifa: schwarze Klamotten, Kapuzenpullis, Palästinensertuch, ... Das verkrustete Bild

des Springerstiefel-Nazis soll durch ein Lifestyle-orientiertes Äußeres ersetzt werden, um dem Klischee der Ewiggestrigen zu entkommen. Ziel dieses veränderten Auftretens ist eine Jugendkultur, die anschlussfähiger für nicht-rechte Jugendliche ist.



„Autonome Nationalisten“ imitieren auf ihren Aufmärschen teilweise Schwarze Blöcke, wie sie von linken Autonomen bekannt sind. Slogans und Parolen ähneln linken Kampagnen, was zu massiver Kritik innerhalb des neo-

nazistischen Lagers führte. Auf Aufmärschen kam es bereits zu Tumulten zwischen „Autonomen Nationalisten“ und anderen Neonazis. Während die Einen das ordentliche Deutschtum vertreten wollen, agieren die Anderen pseudo-revolutionär und suchen den Konflikt mit der Polizei. Trotz „neuer Verpackung“ bleibt der Inhalt gleich: Rassismus, Antisemitismus und völkischer Nationalismus. [sf]



» Die DVU und REP

Die Deutsche Volksunion (DVU) ist eine rechtsextreme Partei, welche sich um ein gemäßigtes, rechts-konservatives Image bemüht. Sie ist finanziell abhängig vom ehemaligen Parteivorsitzenden Gerhard Frey. Sie führt, neben dem Kampf um die Parlamente, hauptsächlich den Kampf um die Köpfe durch regelmäßige Publikationen, darunter die „National-Zeitung“. Die Partei wurde 1971 von dem Münchner Verleger Frey gegründet und hat etwa 6.000 Mitglieder. Der Parteivorsitzende, welcher auch die „National-Zeitung“ verlegt, gab sein Amt erst im Jahr 2009 an seinen Günstling Matthias Faust ab. Im DVU-Parteiprogramm wird die rechtsextreme Gesinnung eher zwischen den Zeilen erkennbar. Es wird Wert auf anschlussfähige Formulierungen gelegt, jedoch gibt es deutlich rassistische Tendenzen gegen alle als „volksfremd“ aufgefasste Personen. Geschichtsrevisionismus ist ein weiterer Schwerpunkt der DVU. Hierzu gehört auch die Revision der Oder-Neiße-Grenze. Anfang der 1990er grenzte sich die DVU von neona-

zistischen Vereinigungen und später der NPD ab, wohl in der Absicht, ein rechtskonservatives, bürgerliches Image zu erhalten. Mit dem „Deutschlandpakt“ gab



neben einem kleineren Erfolg bei den Europawahlen 1989 (7%) dreimal in ein Landesparlament einziehen (Berlin 1989; Baden-Württemberg 1992/1997). Die 6.700 Mitglieder starke Partei propagiert einen durch kulturelle



es jedoch in den 2000er Jahren zahlreiche Wahlabsprachen mit der NPD. Nazis der beiden Parteien kandidierten auf jeweils Listen der anderen Partei und umgekehrt. Die DVU zog in vier Bundesländern in Landesparlamente ein, darunter mit dem höchsten Ergebnis einer rechtsextremen Partei in der BRD im Jahr 1998 in Sachsen-Anhalt mit 12,9% der Stimmen. Die „Republikaner“ (REP) stiftet sich selbst als rechtskonservativ ein und wird als Gesamtpartei vom Verfassungsschutz nicht (mehr) dem rechtsextremen Lager zugerechnet. Sie entstand 1983 als eine Splittergruppe der CSU und konnte

Homogenität und Abgrenzung nach Außen gekennzeichneten Nationalismus als Lösung für Überfremdung, Entdemokratisierung und wirtschaftliche Abhängigkeit vom Ausland. Antiislamismus und Rassismus sind auch hier Teil der Ideologie. Zwischen REP und neonazistischen Gruppierungen gibt es keine offizielle Annäherung – im Gegenteil wird ein strikter Abgrenzungskurs gegen NPD, DVU sowie Kameradschaften gefahren. Die Republikaner gelten als die moderatere der drei Parteien. Dies ist aber kein Grund, die Republikaner zu bagatellisieren. [sf]

Ein teuflischer Spiegel Bürgerliche Demokratie und Faschismus – verfeindet und verwandt

Von Marco Heinig

Faschismus ist undemokratisch.“ Dies ist die wichtigste Message, die uns in vielen Texten über Faschismus entgegen springt. Zudem wissen wir, dass er auch verbrecherisch ist. Unterfüttert wird dies mit den entsprechenden Tatsachen: Holocaust, Euthanasie, Weltkrieg etc. – und so etwas wäre heute in „unserer Demokratie“ nicht möglich - erklären uns die Demokraten stolz. Ihre Kritik am Faschismus ist oft nur eine moralische Verurteilung (Faschismus = Böse) und ein implizites Eigenlob. Eine solche Nicht-Auseinandersetzung mit Faschismus ist auch bei Jenen, die vorgeben sich damit zu beschäftigen (Bürgerinis, Schulbücher, politische Zusammenschlüsse etc.), an der Tagesordnung. Sobald klar gestellt wurde, dass Faschisten Verbrecher sind, geht es für die meisten nur noch darum: ‚wie kann man sie erkennen?‘ Und so sehen viele Publikationen dann auch aus: Was haben Nazis für Klamotten, welche Symbole, was für Musik hören sie etc. - ergo, wie erkennt man ‚das Böse‘ und nicht: was ist eigentlich an denen zu kritisieren?

gen die Gleichgültigkeit, die man gegenüber den Zielen und Inhalten der Faschos entwickelt hat. Und wenn man sie nicht als ‚das Böse‘ kategorisiert, dann sind sie: verwirrte, dumme, sozial ganz unten stehende, geistig fast nicht zurechnungsfähige (manche empfehlen gar psychiatrische Behandlung) Menschen oder eben keine Menschen mehr: Faschisten sind „Gesocks“. Eine solche Rhetorik ist nicht nur problematisch, eine solche „Analyse“ unterschätzt das Phänomen Faschismus. Kritik am politischen Gegner findet hier nicht statt. So fällt auch mancher Linker aus allen Wolken wenn Neofaschisten gegen die G8, den Irakkrieg oder Hartz IV protestieren, „das können die nicht ernst meinen“ heißt es dann, „die haben Kreide gefressen und wollen eigentlich was Anderes“ - und damit findet dann die Ohnmacht gegenüber den Inhalten der Faschisten ihren größten Ausdruck. Als ob ein neu gewonnenes NPD-Mitglied nach der Aufnahme von den anderen Faschisten gesagt bekommt: „Ätsch, das meinen wir eigentlich alles ganz anders“.

Dass eine gründliche Auseinandersetzung mit faschistischen Inhalten nicht oder selten stattfindet, hat Ursachen. Denn eine kritische Auseinandersetzung würde immer auch bedeuten, der bürgerlichen Demokratie den Spiegel

Marco Heinig ist aktiv bei [solid] in Berlin-Friedrichshain und Mitglied des BundessprecherInnenrat bei [solid]

vorzuhalten. Schließlich stößt man in der Auseinandersetzung mit bürgerlicher Demokratie und Faschismus zu erst einmal auf Gemeinsamkeiten:

- Beide Systeme sind ein Bekenntnis zum bürgerlichen Staat¹ – also zu dieser Form der Herrschaft (inkl. Gewaltmonopol nach innen, Aufrüstung nach außen)
- Beide begrüßen, fördern und schützen ihre ökonomische Grundlage: die kapitalistische Produktionsweise (trotz der staatlichen Einmischung herrschte im NS Kapitalismus)
- Beide schwören auf das Recht und gießen ihre Interessen in Gesetze² [staatliches Handeln findet i.d.R. legal statt (Nürnberger Gesetze; Notstandsgesetze etc.)]
- Beide bemühen sich um „ein Volk“, welches hinter ihrem Staat steht (Fahnen, Hymne, nationales Bekenntnis, Akklamation, Landesverteidigung, ...)
- Beide haben als ersten politischen (!) Gegner den Kommunismus (Zwar steckt man gegenwärtig mit dem Totalitarismus-Begriff alles in einen Sack, dies kann sich jedoch bei einer stärker werdenden Linken auch schnell wieder ändern)

Im bürgerlich-kapitalistischen Staat nicht gerne gesehen: Pro entsorgtem NPD-Plakat gab es ein Freibier, Antifa-Gala in Berlin (2005)

Faschisten sind weder Produkt irgendwelcher Traditionen oder individueller Verwirrtheiten - Faschisten sind immer: ‚enttäuschte‘ Nationalisten. Da der bürgerlich-demokratische Staat den Nationalismus stets fördert, ist er auch der ‚Schoß, aus dem es kriecht‘. Denn in den Zielen des Nationalstaates sind sich bürgerliche Demokraten und Faschisten durchaus einig, nur in der Art und Weise der Erreichung nicht. Diese Ziele sind vor allem:

1. Die Sicherung und Ausdehnung von nationalstaatlicher Macht nach Innen und Außen
2. Förderung des ökonomischen Wachstums (als Grundlage für die



Durchsetzung von 1.)

3. Die Einheit des „Volkes“ [als Mittel zur Durchsetzung von 1. und 2.]

Die Gedanken von Faschisten beginnen also mit Punkten, die der demokratische Nationalstaat zu seinen Zielen erklärt. Von der Linkspartei mal abgesehen, finden sich diese Ziele auch mehr oder weniger offen in den Parteiprogrammen. Die Enttäuschung entsteht nun über die Art und Weise der Durchsetzung. Das Urteil der Faschisten lautet: „die Nation wird verraten!“, denn:

- „Volksfremde Elemente, die das Volk schwächen werden geduldet oder gar gefördert“ (früher hauptsächlich „Juden“, heute hauptsächlich „Ausländer“)
- „Der Staat unterwirft sich dem internationalen Kapital, welches

nicht national agiert“. So wie die Demokraten das Wachstum fördern, fördern sie nur „internationale Kapitalisten“: also „Staatsverräter“, die der „Nation schaden.“

- Bündnisse mit „gegnerischen Staaten“ (EU, NATO) werden als Schwächung der staatlichen Souveränität gedeutet
- Die Demokratie erlaubt die „Zersetzung des Volkes“ und ist Ausdruck eines schwachen Staates

In der Realität schiebt der Staat die meisten MigrantInnen ab, macht aber Ausnahmen bei jenen, die ihm nützlich sind – diese Ausnahmen stellen für Faschisten schlicht Verrat dar. Internationale Bündnisse relativieren zwar nationalstaatliche Souveränität, dies wird aber in Kauf genommen, da durch die Mitgliedschaft in NATO



und EU Deutschland zum Teilhaber an weltweiter Herrschaft wird. Der Zuegwin an Einfluss wiegt die Einbußen an Souveränität mehr als auf. Diesen Fakt können Faschisten aus ideologischen Gründen nicht akzeptieren. Und das international agierende Kapital nutzt auch nationalen Zwecken, selbst wenn es nicht der Nation unterworfen ist, auch hier liegen sie also daneben. Deutlich wird jedoch, Faschisten sind radikale Vertreter nationaler Zielstellungen. Sie wollen das Kapital als Diener eines nationalen Zweckes. Sie machen keine Ausnahmen bei der Frage der „nationalen Einheit“ und wollen keine int. Bündnisse auf die Gefahr hin, staatl. Souveränität einzubüßen. So ist ihre Kritik an Hartz IV keine Kritik an Armut, sondern eine Kritik an der Verarmung des „Volkes“, was schließlich die „Volkseinheit“ untergräbt (am Ende werdendie Leute noch kommunistisch). Ihre Kritik am Irakkrieg ist keine Kritik am Krieg als Mittel der Politik, sondern Kritik an der Vergeudung nationaler Mittel und deutscher Soldaten für US-amerikanische Zwecke. So lässt sich ‚das Faschistische‘ immer in den Inhalten der Faschisten finden, es ist völliger Humbug zu glauben, sie würden solche Forderungen aus Propagandazwecken erfinden. Nun fordern freie Kameradschaften auch die „Abschaffung des Kapitalismus“. Sie tun dies jedoch nicht, weil sie etwas gegen Kapital, Privateigentum, Lohnarbeit, oder Konkurrenz hätten – nein - sie finden nur, dass der Kapitalismus sich derzeit gegen „das Volk“ richtet, da er „jedes Maß verloren“ hätte. Ihre Lösung, der „nationale

Sozialismus“, ist ein rassistisch organisierter Staat der gegen „raffgierige Juden und Ausländer“ vorgeht. Die kapitalistische Konkurrenz-Logik „Jeder gegen Jeden“ bzw. das „Recht des Stärkeren“ ist hierbei ein Kernpunkt ihrer Ideologie. Sie heben die Logik der privatkapitalistischen Konkurrenz also zusätzlich auf eine Ebene, wo sie zu einem „Kampf der Völker“ wird – mit den bekannten blutigen Konsequenzen. Die Verbundenheit mit bürgerlichen Zielen, Zwecken und Logiken ist also massiv. Die Vorstellung, Faschismus sei das komplette Gegenteil der bürgerlichen Demokratie, wird zwar viel verbreitet, kann aber angesichts der vielen Gemeinsamkeiten als grundfalsch betrachtet werden. Faschismus ist eine brutale, menschenverachtende und radikale Variante bürgerlicher Herrschaft.

Neofaschisten haben in Deutschland kaum politischen Einfluss, jedoch sympathisieren weite Teile der Jugendlichen und auch ein beachtlicher Teil der Gesamtbevölkerung mit faschistischen Urteilen: „Ausländer raus! Die Manager zocken uns ab! Die Politiker sind alle korrupt und schaden nur uns kleinen Leuten!“ usw. Aber wie passen große Zustimmung zu faschistischen Urteilen und der geringe Einfluss rechter Parteien zusammen? Faschistische Parteien erhalten bei Wahlen bundesweit kaum Zustimmung, da ihre Hauptdiagnose: ‚die Demokraten verraten das Land und führen es in den Untergang‘, in diesem Land eben nicht geteilt wird. Zum Einen gelten Faschisten für viele als das Böse und/

oder als Verbrecher, zum Anderen sehen die Menschen, dass rückblickend die Demokratie erfolgreich war und der Faschismus extrem unerfolgreich (Gebietsverluste, Zerstörung etc.). Deutschland ist heute einflussreicher in der Welt als jemals zuvor und die meisten Bürger sind leider stolz darauf, zu einer so „erfolgreichen“ Nation zu gehören. Trotz allem Gemecker im Alltag und aller Sympathie für faschistische Positionen: man ist stolz auf das (demokratische) Deutschland, und wählt eher selten faschistische Parteien.

Eine Kritik der Faschisten (wenn sie denn stattfindet) wird dann stichhaltig, wenn gleichzeitig eine Kritik an bürgerlicher Herrschaft und kapitalistischer Ökonomie stattfindet, alles Andere kommt über eine moralische Verurteilung nicht hinaus. Faschismus muss als Gefahr immer ernst genommen werden, aber ohne dabei zu vergessen, dass bürgerliche Demokratie und Faschismus eben zwei Varianten bürgerlicher Herrschaft sind – weshalb die Wandlung vom Einen zum Anderen häufig schnell und fließend verlief. Wenn es stimmt, dass es dieser bürgerlich/kapitalistische/nationalistische Sumpf ist, aus dem Faschisten immer wieder kriechen – dann muss dieser Sumpf, aus diesem und vielen anderen Gründen, zum Hauptfeind erklärt werden – und die Kritik daran zum wichtigsten Mittel.

Fußnoten

- 1 In diesem Text wird der Begriff immer als Synonym für das Geflecht aus konkreten staatlichen Akteuren, Institutionen, Strukturen und Gesetzen benutzt – und aus Lesefluss-Gründen kurz ‚Staat‘ genannt.
- 2 Wodurch der Begriff „Unrechtsstaat“ auch überhaupt keinen Sinn macht.

George
Grosz Werk:
„Stützen der
Gesellschaft“
aus dem Jahr
1929



Islamophobie: Wer hat Angst vor Kopftuchmädchen?

Von Jana Werner und Nicola Eschen

„Ich muss niemanden anerkennen, der vom Staat lebt, diesen Staat ablehnt, für die Ausbildung seiner Kinder nicht vernünftig sorgt und ständig neue kleine Kopftuchmädchen produziert. Das gilt für siebzig Prozent der türkischen und für neunzig Prozent der arabischen Bevölkerung in Berlin.“

Seit dem Ende des Kalten Krieges, der Auflösung der Sowjetunion und des Warschauer Paktes kam dem Westen der Kommunismus als einigendes Feindbild abhanden. Ein neues Feindbild wurde benötigt, das zugleich seit Beginn der neunziger Jahre medial aufbereitet und als Erklärungsmuster für weltweite Konflikte propagiert werden konnte. Mittlerweile scheint es soweit zu sein, dass die Mehrheit der deutschen Bevölkerung davon überzeugt ist, dass der Kampf der Kulturen auch vor der eigenen Haustür tobt.

Islamophobie – Was ist das?

Eine klassische Definition von Islamophobie wird in einem Bericht des britischen „Runnymede Trust“ mit dem Titel Islamophobia: A Challenge for Us All von 1997 entwickelt. Folgende Merkmale von Islamophobie werden darin festgelegt:

1. Islamophobie liegt vor, wenn „der Islam“ als

ein monolithischer Block betrachtet wird, der statisch und unempfindlich für Veränderungen ist.

2. Er wird als unüberbrückbar fremd wahrgenommen und es werden ihm gemeinsame Werte mit anderen Kulturen und gegenseitige Beeinflussung abgesprochen.
3. „Der Islam“ wird als „dem Westen“ unterlegen, als barbarisch, irrational und sexistisch konstruiert.
4. Er wird ausschließlich als gewalttätig, aggressiv, bedrohlich, terroristisch und kulturkämpferisch dargestellt.

Islamophobie dient Vertretern aller politischen Lager, Ressentiments gegen Migranten und Antirassisten in einer Form und Sprache zu artikulieren, die soziale Probleme überdeckt und deren Urheber zugleich als glühenden Verfechter der Aufklärung erscheinen lässt.

Während in den vergangenen Jahren und spätestens seit dem 11. September 2001 die Negativberichterstattung über „den Islam“ die deutsche Medienlandschaft dominierte, radikalisierten sich die Einstellungen in der Bevölkerung in Bezug auf den Islam.

Ein verbreiteter Rassismus

Laut einer Umfrage des Instituts Demoskopie Allensbach sind zwei Drittel der Deutschen der Ansicht, dass in

Zukunft ein friedliches Zusammenleben mit der „islamischen Welt“ nicht möglich sein wird und mehr als die Hälfte der Befragten glaubt, dass es auch in Deutschland Spannungen mit Muslimen geben wird. In der Studie „Deutsche Zustände“ plädieren mehr als 25% dafür, Muslimen die Zuwanderung nach Deutschland zu untersagen. Mehr als 30% äußern, sie fühlten sich aufgrund der Anzahl der Muslime als Fremde im eigenen Land. 65% meinen, der Islam passe nicht in die westliche Kultur. Generelles Misstrauen gegenüber Muslimen ist bei etwa 65% vorhanden, und fast 50% sagen, sie hätten Probleme, in eine Gegend zu ziehen, in der viele Muslime leben.²

Zu den Stereotypen gehört auch, dass der Islam grundsätzlich Frauen benachteiligt. Tatsächlich sind in den vergangenen Monaten besonders vermeintlich muslimische Frauen, die durch das Tragen eines Kopftuchs als solche erkannt werden konnten, Opfer brutaler Gewalt geworden. Ein besonders tragischer Fall ist der Marwa El-Sherbini, die im Sommer diesen Jahres in einem Gerichtssaal erstochen wurde. Doch auch kürzlich in Göttingen ist eine junge Frau niedergeschlagen worden. Ihr Fehler: Sie trug ein Kopftuch.

Kein Zufall

Dass es Übergriffe auf Muslime gibt, ist kein Zufall. Schon seit beachtlicher Zeit heizen Politiker und Medien die Mär vom Kampf der Kulturen zwischen dem „aufgeklärt-christlichen Abendland“ und der „rückschrittlich-fanatischen islamischen Welt“ immer wieder von Neuem an. Laut einer Stu-

die der Universität Erfurt behandelten 31 Beiträge der 133 Magazin- und Talksendungen, die in den Jahren 2005 und 2006 ausgestrahlt wurden den Islam im Zusammenhang mit Terrorismus/Extremismus, 22 bezogen sich auf internationale Konflikte und 21 auf Integrationsprobleme. Insgesamt waren 81% der Beiträge negativ konnotiert und müssen somit doch eine erhebliche Rolle spielen beim Zustandekommen der negativen Einstellungen der Bevölkerung Muslimen gegenüber.³ Zahlreiche weitere Publikationen zum Thema⁴ weisen darauf hin, dass islamfeindliche Ressentiments bereits seit Jahrzehnten in unseren Medien gepflegt werden. So zum Beispiel, indem man islamische Symbolik in die Auslandsberichterstattung einfließen lässt und somit Gewalt und Unterdrückung als islamische Phänomene erscheinen lässt. Doch auch innenpolitisch werden Diskussionen über sogenannte „integrationsunwillige Migranten“ oft mit Bildern Kopftuchtragender Frauen illustriert. Es war von daher kein Wunder, dass die Plat-

titüden eines Thilo Sarrazins gerade in Zeiten sozialer Verunsicherung auf fruchtbaren Boden fallen und in der deutschen Medienlandschaft eine wohlwollende Diskussion

DVU-Plakat mit Logo der NPJ (klein unten links)



Jana Werner und Nicola Eschen sind aktiv bei DieLinke.SDS in Leipzig

über Recht oder Unrecht der rassistischen Äußerung über „Kopftuchmädchen“ auslösten. Es ist nicht das erste Mal in der Geschichte, dass allgemein relevante Themen auf als religiös bzw. ethnisch markierte Gruppen projiziert werden. Doch indem gesamtgesellschaftliche Probleme oder Konflikte als ausschließlich „islamisch“ konstruiert werden, werden soziale Faktoren zugunsten einer religiösen Interpretation ausgeklammert und somit quasi unlösbar gemacht. Man muss also Schulklassen nicht mehr teilen, um bessere Lernbedingungen zu schaffen,

sondern argumentiert im Chor mit Thilo Sarrazin, „dass menschliche Begegnung zu einem Teil sozial bedingt, zu einem anderen Teil jedoch erblich (ist)“. Da heißt es dann nicht: gleiche Chancen für alle, sondern Zuzug von Migranten aus der Türkei oder den arabischen Ländern verhindern, Sarrazin nennt das „Klasse statt Masse“. Doch nicht nur Thilo Sarrazin, Mitglied des Vorstandes der Deutschen Bundesbank und SPD-Politiker, erregt mit seinen islamophoben Aussagen Aufmerksamkeit. Islamfeindliche Äußerungen liegen schwer im Trend, so äußerte auch Wolfgang Bosbach von der CDU im Anschluss an den Bürgerentscheid zum Minarettverbot in der Schweiz Verständnis für die vermeintlich natürliche Bürgermeinung „der Islamisierung unserer Gesellschaft“, die er als einen

Plakat der rechtsextremen Partei Pro-NRW



Hetzplakat zur Anti-Minarett-Abstimmung in der Schweiz, Herbst 2009



Fakt hinstellt. Auch die faschistoide Berlusconi Partei Poppollo della Libertà im Senat äußerte Verständnis für die „geduldige Schweiz“, die das „Überhandnehmen von Einwanderung und Islam“ ermüdet habe.

Was hat das mit Nazis zu tun?

Die Menschenfeindlichkeit von Nazis und anderen Rassistinnen bezog sich immer auch auf Araber, Türken und Menschen arabischer und türkischer Abstammung. Der Islam stand dabei nicht im Mittelpunkt der Aggressionen. Seit dem Islam aber von bürgerlicher Seite verstärkte negative Aufmerksamkeit zugewandt wurde, hat sich das geändert. Mittlerweile ist Islamophobie zum Bindeglied zwischen Mainstream und programmatisch rassistischen Ideologien und Parteien geworden. Die Übernahme des Themas durch rechte Gruppierungen und die Gründung anti-islamischer Blogs ist somit eine vergleichsweise neue Erscheinung.

Hierzulande steht die rechts-nationale NPD an der Spitze der Islamhetze. Im Bundestagswahlkampf warb sie mit Plakaten, auf denen Fotos von Muslimen mit dem Slogan „Heimreise statt Einreise“ versehen wurden, um Stimmen. Um noch bestehende Vorurteile in der Mehrheitsgesellschaft gegen rechtsextreme Parteien zu durchbrechen, greifen die Nazis die bestehenden gesellschaftlichen Ressentiments gegen Muslime auf und beteiligen sich, wie in Köln geschehen, an Kampagnen zur Verhinderung von Moscheebauten. Doch das war erst der Anfang. Inspiriert

von der Anti-Minarett-Kampagne in der Schweiz kündigte der NPD-Partei-vorsitzende Karl Richter an, nun auch in „Deutschland ein zeitnahes, sichtbares Signal gegen die weitere Islamisierung“⁵ setzen zu wollen.

Schweizer Lehren

Wie sowas funktioniert, zeigt sich an der islamophoben Anti-Minarett-Kampagne in der Schweiz. Hier wurde in einer Volksabstimmung über die Gesetzesvorlage der offenen rassistischen Schweizerischen Volkspartei (SVP) zum Bauverbot für Minarette an Moscheen entschieden. Voraus ging eine aggressive Öffentlichkeitskampagne. Auf einem der Plakate der Kampagne ist im Vordergrund eine schwarz verhüllte Frau abgebildet, dahinter

Problemstellung ausgemacht: „Die Stille Islamisierung Deutschlands“, DER SPIEGEL, 13/2007



sind mehrere Minarette zu sehen, die in Form von Raketen dargestellt, die Schweizer Landesflagge besetzen. Die Volksabstimmung führte bei einer Wahlbeteiligung von 55% und einer Stimmenmehrheit von 57% tatsächlich zum Verbot. In der Schweiz gibt es vier Minarette.⁶

Die Nazis könnten mit ihrer Strategie, an die bestehenden Ressentiments gegenüber Muslimen anzudocken

und diese rassistisch anzuheizen, weiter erstarken und – wie das Beispiel Schweiz zeigt – Erfolge davontragen. Um das zu verhindern, braucht es eine starke und gut organisierte Gegenwehr. Gerade in Zeiten von Krise und sozialer Not müssen wir jede Form rassistischer Sündenbock-Demagogie bekämpfen.

Setzen wir dem Kampf der Kulturen unseren gemeinsamen Kampf für eine friedliche und soziale Gesellschaft entgegen!

Fußnoten

- 1 Thilo Sarrazin im Interview mit der Zeitschrift *Lettre International* im September 2009
- 2 2003: www.zeit.de/2003/51/Heitmeyer-Studie; Kürzere Zusammenfassungen der darauffolgenden Studien mit ähnlichen Ergebnissen: 2006: www.zeit.de/2006/51/Menschenfeindlich; 2009: www.netz-gegen-nazis.de/artikel/deutsche-zustaende-2009-gruppenbezogene-menschenfeindlichkeit-krise-0987; www.taz.de/1/politik/deutschland/artikel/1/die-angst-vor-dem-absturz-waechst
- 3 www1.bpb.de/publikationen/BSFo19,1,0,Das-Islambild_von_ARD_und_ZDF.html#artikel
- 4 Siehe z.B. Hafez; Schiffer; Pinn; u.a.
- 5 <http://npd.de/html/247/artikel/detail/1071/>; vgl. auch <http://npd.de/html/247/artikel/detail/1069/>
- 6 www.faz.net/s/RubFC06D389EE76479E9E76425072B196C3/Doc-ECDB332CA4D7245E08F1E87F82DE69F9D-ATpl-Ecommon-Scontent.html



NPD-Verbot: Pro & Contra

Von Julian A. Georg

Im Jahre 2003 scheiterte das erste Verbotsverfahren gegen die Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD). Nachdem im Jahre 2000 ein drastischer Anstieg von rechtsextremen Gewalttaten zu verzeichnen war, reichten Bundesregierung, Bundestag und Bundesrat ihre Anträge auf Verbot der NPD beim Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe ein.

Doch nach der Enttarnung eines Spitzels des Verfassungsschutzes in der Führungsriege der Partei setzte das Gericht den für Februar 2002 geplanten Verhandlungsbeginn ab. Anfang 2003 bestätigte der Zweite Senat des Gerichts die Aussetzung des Verfahrens. Rund 30 von 200 Mitgliedern der NPD Führungsebene im Bund, aber auch in den Ländern, standen im Sold des Verfassungsschutzes. Eine derart intensive Beobachtung einer Partei unmittelbar vor und während eines Verbotsprozesses sei in der Regel unvereinbar mit den Anforderungen an ein rechtsstaatliches Verfahren, urteilten die Richter. „Staatliche Präsenz auf

der Führungsebene einer Partei macht Einflussnahmen auf deren Willensbildung

und Tätigkeit unvermeidbar“, so die Begründung des Gerichts.

Heute, rund sechs Jahre später, ist die Debatte um ein erneutes Verbotsverfahren wieder ein Thema in der Gesellschaft. Sowohl Befürworter als auch Gegner bringen plausible Argumente in die Diskussion ein.



Julian A. Georg
ist aktiv bei der links-
jugend [solid]
in Hamburg

PRO: Für ein neues NPD Verbotsverfahren

Das Bundesverfassungsgericht hat im Jahre 2003 eigentlich kein politisches Urteil gefällt: Es hat weder die Rechtmäßigkeit noch die Unrechtmäßigkeit der NPD festgestellt. Das Verbotsverfahren scheiterte lediglich an den oben erwähnten V-Leuten, was die Chancen auf ein Verbot der Partei nicht mindert. Ein Verbot wäre ein radikales Zeichen von Justiz und Politik die grundlegende Einstellung den Rechtsextremismus betreffend: Auf der einen Seite könnte man das Verbot als symbolische Handlung werten, dass Rechtsradikalismus in einem demokratischen Staat nicht geduldet wird, auf der anderen Seite würde es einem großen Teil der Anhänger der rechten Szene den Mut und die Motivation nehmen, weiter, unter diesen erschwerten Bedingungen, zu fungieren. Wenn die Bundes-, bzw. Hauptorganisation (also die Partei) nicht mehr handlungsfähig ist, wird sich das sehr wahrscheinlich auch negativ auf die regionalen Kontakte und Gruppierungen auswirken und die rechtsextreme Arbeit sichtlich erschweren. Ohne gefestigte Organisation wird es den Rechtsradikalen auch schwer fallen, die Jugend für sich zu begeistern. Und ohne jugendlichen Nachwuchs fehlt ihnen ein wichtiges Standbein.

Ein wichtiges Argument, wenn nicht sogar das wichtigste, ist, dass mit einem Verbot der NPD die momentan fließenden Gelder des Staates gestoppt würden. Es ist nicht hinnehmbar, dass ein demokratischer Staat rechtsextremis-

tisches Denken finanziell unterstützt. Und ohne die staatliche Finanzierung würde der rechtsextremistischen Szene ein weiteres, wichtiges Standbein weggezogen. Doch es geht nicht nur um die finanzielle Absicherung der Partei: Öffentliche Demonstrationen und Veranstaltungen mit rechtsextremistischem Hintergrund würden nicht mehr genehmigt werden, dadurch würde den ‚Rechten‘ ein Propagandamittel genommen.

Dass auf Plakaten, in Parlamenten und allgemein in der Öffentlichkeit eines demokratischen Staates mit solch prägender Geschichte rechtsextreme Forderungen und Ideologien ohne weiteres kundgetan werden dürfen, ist so nicht zu akzeptieren! Ein Verbot der NPD würde das Problem des Rechtsextremismus in Deutschland zwar nicht lösen, wäre aber ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung und würde vielen Rechtsextremen ihre Grundlage entziehen. Auf keinen Fall ist es mit diesem Verbot getan, viele weitere Schritte müssten folgen. Und doch kommt man bei der Bekämpfung des Rechtsextremismus nicht um ein Verbot der NPD herum.



CONTRA: Ein Verbot ist keine Lösung

„Keine NPD – Kein Problem“ – unter diesem Motto schieben die Politiker, aber auch viele Befürworter einer Neuaufgabe des NPD Verbotsverfahrens das existente Problem des Rechtsextremismus allein auf die Existenz der NPD. Rechtsextremismus ist nicht hinnehmbar, allerdings ist ein Verbot der NPD nicht der richtige Weg, um das Problem zu bekämpfen. Die Partei wäre auf dem Papier zwar verboten, die Gedanken und Ideologien, die diese Partei prägen, existierten aber weiter in den Köpfen ihrer Anhänger. Womöglich würden sich Organisationen bilden, die an das Erbe der NPD anknüpfen wollten, es könnte sich auch jederzeit eine neue Partei gründen, die auf den ersten Blick zwar nicht nationalsozialistisch geprägt, in Wahrheit aber eine Nachfolgepartei der NPD wäre. Aber auch falls nicht: Solange die NPD legal ist, ist sie überwacht und berechenbar. Bei einem Verbot würden sich viele Untergrundorganisationen bilden, in denen eine starke Anhängerschaft der rechten Szene entstehen würde, deren Ausmaß für andere, außenstehende Menschen zunächst nicht erkennbar wäre. Solch eine Entwicklung wäre viel gefährlicher, als die Existenz einer öffentlichen Partei, die ihre Forderungen und Handlungen offen legen



muss. Der Ursprung des ersten Verbotsverfahrens war ja die angestiege-

ne Zahl der Gewalttaten mit rechtsextremistischem Hintergrund. Nun muss man sich fragen: Löst ein NPD-Verbot dieses Problem wirklich? Ganz im Gegenteil: Es verhindert nicht die Gewaltbereitschaft der ‚Rechten‘, rechtsextreme Aktivitäten könnten sogar noch gewalttätiger und unkontrollierbarer werden. Ein Verbot würde also rechtsextremistisches Denken nicht aus der Welt schaffen. Man darf auch nicht vergessen, warum das erste Verbotsverfahren gescheitert ist: Grund waren die V-Leute in den Führungspositionen der NPD. Diese V-Leute sind bis zum heutigen Tage immer noch nicht abgezogen und es sieht auch nicht danach aus, als würde dies bald geschehen. Falls jetzt erneut ein Verbotsverfahren gegen die NPD eingeleitet wird und dieses erneut scheitert, käme die NPD nur gestärkt aus der Angelegenheit heraus und könnte sich damit brüsten, eine demokratische Partei zu sein; die Bundesrepublik würde sich allerdings brüskieren.

Ohne Frage muss mit allen Mitteln gegen den Rechtsextremismus vorgegangen werden. Aber ein weiterer Versuch, die NPD zu verbieten könnte nicht nur schief gehen, die NPD könnte im schlimmsten Falle auch davon profitieren. Schon jetzt ist die NPD viel in den Medien. Und auch schlechte Werbung ist besser als keine, dementsprechend profitiert die NPD auch schon von der Diskussion um das Verbot. Wir müssen gegen Rechtsextremismus vorgehen, aber mit wirkungsvolleren Mitteln als mit einem Parteiverbot.

Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen

Wie man sieht, haben beide Seiten vertretbare Argumente. Klar ist: Mit einem Verbot der Partei behebt man nicht das Problem des Rechtsextremismus. Doch wenn man Rechtsextremismus wirksam und konsequent bekämpfen will, ist ein wichtiger Schritt die Unterbindung der rechtlichen Grundlage. Zuerst müssen alle Männer vom Verfassungsschutz aus der NPD abgezogen werden. Und zwar

vom Bezirks- bis zum Bundesvorstand. Das bedeutet aber nicht, dass auch alle V-Leute aus den Kameradschaften und Untergrundorganisationen abgezogen werden sollen. Dort sollte weiter beobachtet werden – aus Gründen der Gefahrenabwehr.

Doch für eine neonazistische Partei darf es in keinem Land der Welt falsche Toleranz geben. Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen!



13. FEBRUAR 2010, DRESDEN
MASSENHAFT & ENTSCHLOSSEN

NAZIS STOPPEN

AM 13. FEBRUAR 2010 SOLL DER GRÖSSTE NAZI-AUFMARSCH IN EUROPA STATTFINDEN. ES IST UNSERE AUFGABE SIE ZU STOPPEN. KOMM MIT NACH DRESDEN.



INFO & BUSSE UNTER:

WWW.LINKE-SDS.ORG

Antifa als Kampf ums Ganze

Zur Geschichte der organisierten autonomen Antifa

Von Tim Laumeyer

Die autonome Antifa-Bewegung war in den 1990er Jahren die größte außerparlamentarische Bewegung im Jugendbereich. Kein Thema war innerhalb der Linken präsenter als die Bedrohung durch neue Nazis. Hunderte Antifa-Gruppen entstanden in dutzenden Städten, wenn auch oft nur für einen kurzen Zeitraum von ein bis drei Jahren. Etliche Bündnisse unter Beteiligung autonomer Antifa-Gruppen gründeten sich aufgrund eines drohenden Naziaufmarsches in der eigenen Stadt oder Region.

Dieser massive Aufschwung linksradikaler Antifa-Politik war den gesellschaftlichen und politischen Entwicklungen im wiedervereinigten Deutschland geschuldet. Die Wiedervereinigung Deutschlands hatte nicht nur die kapitalistischen Glücksercheinungen im Osten Deutschlands zur Folge, sondern war verbunden mit einem aggressiven, völkisch konnotierten Deutsch-Nationalismus, einer rassistischen Kampagne gegen „die Asylanten“ durch Politik und Medien und der Entstehung einer rechtsradikalen Jugendsubkultur, die durch Überfälle, Pogrome und Morde an Nicht-Deutschen oder Linken für Schrecken und Terror sorgte.

Der „Höhepunkt“ dieser völkisch-rassistischen Phase war sicherlich das

Pogrom von Rostock-Lichtenhagen im August 1992, als über Tage hinweg Neonazis, angefeuert durch einen großen Rassisten-Mob, ein Asylbewerberheim belagerten und versuchten, es in Brand zu stecken. Diese Welle des Nazi-Terrors war für viele junge Menschen Grund, sich politisch zu organisieren, an antifaschistischen Demonstrationen teilzunehmen und Teil einer neuen Antifa-Bewegung zu werden.

Diese Antifa-Bewegung bildete sich aus der linksradikalen autonomen Bewegung der 80er Jahre.

Von den Spontis...

Mit der 68er Bewegung bildete sich eine neue linke, studentisch geprägte Protestkultur in der BRD und anderen europäischen Ländern heraus. Nachdem die 68er im kulturelle Mainstream aufgingen, transformierte sich ein Teil der Bewegung in kommunistische Kleinstparteien (K-Gruppen) und in die Spontis. Die Spontis bildeten dabei den Vorläufer der Autonomen. Kennzeichnend war ihr undogmatischer Umgang mit Politik. Nicht Ideologie, sondern der spontane Widerstand, gerne auch kreativ und witzig, standen dabei im Vordergrund. Die Sponti-Szene rekrutierte sich vor allem aus der Hausbesetzer- und Anti-AKW-Bewegung in den 1970er Jahren. Ihren Höhepunkt hatte sie 1978 mit dem „Tunix-Kongress“ in Berlin mit

Tim Laumeyer
ist aktiv bei der
Antifaschistischen
Linken Berlin [ALB]
Info: www.antifa.de

circa 15.000-20.000 TeilnehmerInnen. Der Tunix-Kongress bildete zugleich einen Neuanfang nach der „bleiern Zeit“ des deutschen Herbstes 1977.



... zu den Autonomen

Die deutschen Autonomen gingen aus der Sponti-Bewegung hervor. Ihre politisch-ideologischen Wurzeln hatten sie allerdings aus Italien. Dort spielte in den sozialen Auseinandersetzungen ab 1968/69 die „Autonomia Operaia“ (Arbeiterautonomie) eine zentrale Rolle. Die Autonomia Operaia war eine militante Bewegung, deren Demonstrationen von Auseinandersetzungen mit der Polizei geprägt waren, und die Sabotageakte in Fabriken beging. Sie grenzte sich stark von der Kommunistischen Partei Italiens und den Gewerkschaften ab und entwickelte eine eigene Theorie, den Operaismus.

Eines seiner zentralen Elemente war die Autonomie im Sinne einer Unabhängigkeit von Staat, Parteien und Gewerkschaften.

Innerhalb der Westberliner Hausbesetzerbewegung entwickelte sich 1980/81 eine anhaltende Diskussion über ihre Grundlagen und über ein autonomes Politikverständnis. Auf dem Berliner „Tu-wat-Kongress“ 1981 veröffentlichten Berliner Autonome ein Zehn-Punkte-Thesenpapier, in dem das Selbstverständnis der Autonomen deutlich wird: „wir kämpfen für uns und führen keine stellvertreterkriege, alles läuft über eigene teilnahme, politik der ersten person ... für ein selbstbestimmtes leben in allen bereichen, wohl wissend, daß wir nur frei sein können, wenn alle anderen auch frei sind. volle regionale, kulturelle und individuelle autonomie für alle!“¹ Die autonomen Essentials

Juni 2007,
Rostock: Bis
zu 15.000
Personen
demonstrieren
im autonomen
/ antikapitalis-
tischen Block
gegen den
G8-Gipfel



lassen sich wie folgt zusammenfassen Als politische Grundströmung diffus anarchistisch bis sozialrevolutionär, Ablehnung jeglicher Herrschaft, Ablehnung jeglicher staatlicher Institutionen und Gewalt, Ablehnung des Staates als politisch-zivilisatorisches Gebilde, Ablehnung des kapitalistischen Wirtschaftssystems, Ablehnung der Bildung von hierarchischen Organisationen zum Zweck des politischen Handelns, Ablehnung jeglicher Fremdbestimmung auf politischer, ökonomischer und kultureller Ebene, Ablehnung institutioneller politischer Handlungsweisen, da das System als nicht reformierbar erscheint, Akzeptanz aller Widerstandsformen gegen das System, Befürwortung einer komplett herrschaftsfreien Gesellschaft, in der selbstbestimmtes, dezentrales und hierarchiefreies Leben gemeinsam stattfindet.

Mit diesem Selbstverständnis lebten und handelten in den 1980er Jahren zehntausende Menschen, vor allem in West-Berlin, Hamburg, Frankfurt/Main, Göttingen und Freiburg. Lokale Widerstandspraxen bestanden aus kollektiv klauen gehen, Häuser besetzen und sich, wo es geht, der gesellschaftlichen Verwertungslogik zu entziehen. Innerhalb der Autonomen Bewegung gab es unterschiedliche Themenschwerpunkte. Anti-AKW, Anti-NATO, Startbahn-West, selbstverwaltete Häuser und Zentren, Antifaschismus, Flüchtlingspolitik, Patriarchat und andere



Themen bildeten die einzelnen Politik-Teilbereiche. Der Militanz in Form von Sachbeschädigungen, Anschlägen, Auseinandersetzungen mit der Staatsmacht sowie einem militanten Habitus, schwarzvermummt, in eigenen festen Blöcken auf Demonstrationen, kam

eine besondere Bedeutung zu. Sie waren das sichtbare Selbstverständnis der Autonomen. Als „Startpunkt“ der Autonomen gilt die erste öffentliche Rekrutenvereidigung im Bremer Weserstation am 6. Mai 1980. Im Zuge einer Protestdemonstration kam es dort zu einer Massenmilitanz gegen ein massives Polizeiaufgebot.

Alle sozialen Bewegungen der 1970er und 1980er Jahre hatten ihren militanten Arm oder zumindest ihre militanten Widerstandsformen. Diese wurden in erster Linie von den Autonomen praktiziert.²

Themenfeld Antifaschismus

Das Thema Antifaschismus war somit innerhalb der Autonomen Bewegung immer ein Teilbereich neben vielen anderen und spielte je nach regionalen Besonderheiten mal eine größere, mal eine kleinere Rolle. Ende der 1980er Jahre kam es zu einem Aufschwung neonazistischer Gewalt, in erster Linie durch Skinhead-Gruppen und Hooligans. Betroffen waren hiervon MigrantInnen und Linke, häufig auch besetzte Häuser und linke Jugendzentren. Durch diese Zunahme von Naziterror gründeten

sich autonome Gruppen mit antifaschistischem Arbeitsschwerpunkt.³

Krise der Autonomen

Das autonome Selbstverständnis stieß bei den Einzelnen schnell an Grenzen: Rückzug ins Private, Karrierechancen, oder auch langjährige Knastaufenthalte, politische Repression und die offensichtlichen Widersprüche zwischen Theorie und Praxis waren für viele Menschen Gründe genug, sich von diesem Aussteigermodell wieder zu verabschieden. Die ökonomischen Sachzwänge taten ihr übriges: Das westdeutsche Wohlfahrtstaatsmodell geriet langsam aber sicher in eine Krise. Hinzu kam, dass der Verzicht auf festere Organisationsstrukturen eine Weiterentwicklung autonomer Politik äußerst schwer machte. Wissen und Erfahrungen wurden nur unzureichend weitervermittelt, jede neue autonome Generation wiederholte die Debatten und Fehler der vorangegangenen. Die Autonome Bewegung kam an ihre Grenzen und nahm an Dynamik und Ausstrahlungskraft ab. Die Wiedervereinigung und der anschließende Deutschland-Taumel führte der Linken ihren geringen gesellschaftlichen Einfluss vor Augen.

Organisierungsdebatten

Im August 1991 veröffentlichte die Göttinger Gruppe „Autonome Antifa (M)“ ein „Diskussionspapier zur autonomen Organisation“. In dem Papier kritisieren die AutorInnen mangelnde Kontinuität und Verbindlichkeit und schlagen ein verbindlicheres Organisationsmodell sowie eine eigene

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit vor. Dies mag aus heutiger Sicht unverständlich sein, gehört die eigene Presse- und Medienarbeit doch zu einem der Essentials linker Politik. Dies war zu Anfang der 1990er Jahre aber keinesfalls so. Die Autonome Szene war ein Aussteigermodell und die bürgerlichen Medien wurden als ideologische Handlanger des Kapitals interpretiert. Ihre Stärke zog die radikale Linke aus ihrer eigenen kulturellen und politischen Attraktivität. Ein „Verkaufen“ dieser war ein Verrat der eigenen Ansprüche.

Neben einer eigenen Pressearbeit betonte die Antifa M noch eine eigene „Kulturfähigkeit“: „Das ökonomische Standbein des Systems anzugreifen, mag das Entscheidende für revolutionäre Veränderung sein. Wir aber wollen erreichen, dass aus revoltierendem Bewusstsein heraus, eine Umwälzung aller Lebensbereiche stattfindet ... Letztlich kann eine Vernich-



Angriffe gegen staatliche Einrichtungen, Neonazis, Polizei, Wirtschaft und Kapital gehör(t)en zum Aktionsradius der Autonomen

tung bürgerlicher Lebensweise und Staatsdoktrin nur dann Erfolg haben, wenn diese von Menschen angestrebt wird, die die Welt schon anders interpretieren, ein anderes Lebensgefühl und Lebensweise lebbar wäre, mit der mensch sich über die alten Normen hinwegsetzt.“ Um die Organisierung voranzutreiben, schlug die Antifa M als thematische Klammer das Thema Antifaschismus vor. „Die BRD ist in Kontinuität zum NS-Staat entstanden. Die ökonomischen und politischen Grundstrukturen bleiben bestehen und wurden weiterentwickelt. Die geschichtliche Trennung von faschistischer und bürgerlicher Gesellschaft ist nicht aufrechtzuerhalten. ... Das gleiche System, das sich hier demokratisch gebärdet, ist für Unterdrückung und Ausbeutung von Menschen in anderen Teilen der Welt verantwortlich. Wenn die kapitalistischen Interessen gefährdet wären, so würden auch hier zu ihrer Verteidigung faschistische Potentiale eskaliert werden. Faschismus ist integraler Bestandteil westeuropäischer Demokratien.“⁴ Aufgrund des Papieres fand innerhalb der autonomen Bewegung eine rege Diskussion über Sinn und Unsinn einer Organisierung statt. Viele Zusammenhänge lehnten dieses Modell allein schon aus repressions-technischen Gründen ab, für andere wiederum eröffnete es die Perspektive, organisierter gegen Nazis vorzugehen. In Wuppertal wird im Juni 1992 die „Antifaschistische Aktion / Bundesweite Organisation (AA/BO)“ von elf Antifa-Gruppen gegründet. Mit medienwirksamen Aktionen, Kampagnen, Plaka-



ten und Flugblättern prägt die AA/BO – beziehungsweise die Mitgliedsgruppen – bis in die heutige Zeit einen gewissen „Stil“ antifaschistischer Aktionen.⁵ Vor allem die Göttinger Gruppe „Autonome Antifa (M)“ und „Antifaschistische Aktion Berlin“ (AAB) prägten das Bild der AA/BO. Eine weitere Debatte über Organisierung Anfang der 90er Jahre firmierte unter dem Namen „Heinz-Schenk-Debatte“. In der Berliner Autonomenzeitschrift „Interim“ erschienen zahlreiche Papiere mit dem Namen des TV-Stars. In ihnen wurde nicht nur ungewohnt drastische Kritik an der autonomen Bewegung geäußert. Auch ein Neuanfang jenseits traditioneller autonomer Politikkonzepte wurde gefordert. Wegen der Ablehnung jeder Organisation seien informelle, undemokratische Strukturen in der Szene entstanden, so die KritikerInnen. Zudem sei das Bewegungsmodell „gesichtslos“ und führe nicht zu einem kollektiven Gedächtnis. Die Autonomen seien nicht mehr eine unverbindliche subkulturelle Jugendbewegung ohne Kontinuität und theoretische Grundlage. „Ich bin doch kein Kampagnenheinz!“ lautete ein damals viel zitierter Satz, der die Kritik an autonomer Kampagnenpolitik ausdrückte. Noch deutlicher waren Sätze wie: „Die Autonomen haben keine Fehler, sie sind der Fehler.“ In Berlin gründete sich im Zuge dieser Debatte die Gruppe „Für eine linke Strömung“,

kurz FeLS, die bis heute aktiv ist. Unter anderem gibt Fels die Zeitschrift Arranca! heraus. In Norddeutschland etablierte sich die Gruppe „Avanti – Projekt undogmatische Linke“ als feste Organisationsstruktur in norddeutschen Städten.

Aktionsformen

Im Selbstverständnis autonomer Antifas spielte Militanz immer eine wesentliche Rolle. Sie richtete sich sowohl gegen Personen aus der Nazi-Szene, als auch ihre Strukturen. Brandanschläge auf Fahrzeuge und Einrichtungen, Überfälle auf Nazi-Kader, das Abreißen von Naziaufnähern und Abziehen von rechten Markenklamotten sollte zur Folge haben, dass ihre politische Arbeit eingeschränkt wird, sich einzelne Mitglieder lieber ins Private zurückziehen und Stadtteile bzw. Gegenden frei von Nazigewalt werden. Vor allem in Ost-Deutschland kam es zu teils sehr heftig ausgeführten Auseinandersetzungen um die Hegemonie auf der Straße. Dort, wo linke Kneipen, besetzte Häuser und linke Freiräume entstanden, mussten sich rechte Schlägerbanden oft zurückziehen. Wo sich solche Strukturen nicht herausbildeten, kam den Antifa-Gruppen eine Art „Feuerwehrfunktion“ zu: wenn es Nazistress gab, griffen AntifaschistInnen ein und versuchten, das öffentliche Bild nach links zu prägen. Antifaschistische Straßenpräsenz in Form von Sprühereien, Aufklebern und Angriffen auf Nazitreffpunkte führte dazu,

dass sich die Nazis aus bestimmten Gegenden zurückzogen und Menschen, die nicht in deren Weltbild passten, sich dort ungestörter aufhalten und leben konnten.

Für viele Menschen innerhalb der Linken kommt Militanz nicht in Frage, wenngleich ein nicht unerheblicher Teil mit dieser sympathisiert. Auch wenn man selber solche Aktionsformen nicht nutzt – wirkungsvoll war der militante Antifaschismus allemal. Er sorgte dafür, dass bestimmte Gegenden „nazifrei“ und die Bedrohung durch Nazibanden real weniger wurde.

Plakat des Antifa-Bündnisses „No Pasaran!“ zu Protesten gegen den Nazi-Aufmarsch am 13.2.2010 in Dresden



Antifaschistische Mobilisierungen

In den 1990ern gab es eine Reihe bedeutender antifaschistischer Mobilisierungen. Als Reaktion auf das Pogrom von Rostock-Lichtenhagen im Sommer 1992 demonstrierten rund 15.000 Menschen in Rostock gegen den Naziterror, darunter viele Autonome aus ganz Deutschland. Eine wichtige Rolle spielte die Verhinderung von Nazi-Aufmärschen am 1. Mai, sowie die Verherrlichung des Nationalsozialismus. Besonders die Naziaufmärsche am 1. Mai in Berlin, Rostock und Leipzig wurden durch tausende Antifaschisten begleitet, behindert und angegriffen. In den Städten Halbe, Wunsiedel und Dresden versuchte die Naziszene ideologische Anknüpfungspunkte an den NS

heraus zu stellen. Antifaschistische Proteste wurden vor allem in den ersten Jahren durch die Polizei massiv behindert und drangsaliert.

Weiterhin gab es bundesweite Demonstrationen in ostdeutschen Kleinstädten mit Nazi-Hegemonie. Im Sommer 1996 demonstrierten über 6.000 fast ausschließlich autonome Antifas in Wurzen (Sachsen). Auch in Saalfeld (Thüringen) und anderen Orten kam es zu großen Antifa-Demos.

Neben den vielen Demonstrationen wurden regelmäßig Antifa-Kongresse organisiert. Sommer-Camps für Jugend-Antifas mit Workshops zu Anti-Repressionsarbeit, Layout-Kursen, Selbstverteidigung und diversen Geschichtsthemen gab es in vielen Bundesländern regelmäßig.

Antifa-Demo
der Antifa [M]
mit „Schwar-
zem Block“,
1993

**Revolutionärer Antifaschismus**

1998 bringt die Antifaschistische Aktion Berlin (AAB) eine Broschüre unter dem Namen „Das Konzept Antifa“ heraus. In dieser Broschüre wird sowohl das eigene Konzept, als auch das der AA/BO noch einmal vorgestellt und anhand konkreter Praxisbeispiele erläutert.

Um ihren revolutionären Anspruch zu unterstreichen, erläutert die AAB ihr Politik-Konzept unter dem Label „Antifa ist der Kampf ums Ganze“. Darin wird beschrieben, wie das Thema Antifaschismus als Ansatzpunkt für eine inhaltliche Orientierung dient: „Der Erfolg jedes linken Konzeptes misst sich an der doppelten Aufgabe, Leute zu erreichen und zu politisieren. Ideal ist dafür die politische Position als radikaler Kern innerhalb einer breit wirksamen Bewegung. Damit eine solche Bewegung wirksam ist, braucht sie einen Ansatzpunkt. Sie muss sich um ein Anliegen gruppieren, um eine Idee, die sich auf das eigene Leben und die momentane Situation bezieht“.⁶ Weiter führt die Gruppe aus: „In unserem Verständnis ist Antifa also das Aufgreifen von Antifaschismus als Konzept, weder Lockmittel noch Notlösung. Alles fängt mit Antifa an, aber nichts hört dabei auf.“⁷

Im weiteren Verlauf werden verschiedene Gesichtspunkte aufgegriffen, immer mit dem Hinweis auf die eigene konkrete Praxis: Geschichtsbezug am Beispiel der Luxemburg-Liebkecht Demonstration, die Gründung von Jugendantifa-Gruppen, regionale Vernetzung, internationale Ausrichtung und der eigene organisatorische Aufbau. Die Gruppen innerhalb der AA/

BO setzten häufig auf eine intensive Bündnisarbeit, gerne auch mit linken, liberalen und bürgerlichen Gruppen, da die eigene Wirksamkeit als zu gering in den konkreten Kämpfen eingeschätzt wurde. Bündnisarbeit, Presseerklärungen und Interviews und ein modernes, poppigere Auftreten gehören im 21. Jahrhundert eher zu den Standards linksradikaler Politik. In den 1990er Jahren war dies immer ein umstrittenes Feld. Insgesamt führte die radikale Linke in den 1990er Jahren durchweg Abwehrkämpfe. Auf konkreter Ebene gegen die faschistische Bedrohung, den gesellschaftlichen und institutionellen Rassismus, dem Abbau demokratischer Rechte und auf ideologischer Ebene gegen das Ausrufen des Endes der Geschichte. Sozialismus und Kommunismus galten im politischen Mainstream als unwiderlich beerdigt. Viele Antifas hielten dem ein trotziges „Für den Kommunismus!“ entgegen.

Der Antifa-Sommer im Jahre 2000

1998 gab es erstmals eine rot-grüne Bundesregierung unter Kanzler Schröder und Außenminister Fischer. Diese läuteten eine neue Ära politischer Auseinandersetzungen auch im Kampf gegen Rechts ein. Vorbei die Zeiten,

Direkte
Aktion gegen
Objekte der
Neonazis sind
für viele An-
tifas Teil der
Praxis. Shop
von „Thor
Steinar“ in
Berlin, 2008



als der dicke Ewig-Kanzler Kohl den gesellschaftlichen Rassismus bewusst forcierte und der Staat auf dem rechten Auge blind war. Als im Sommer 2000 eine Paketbombe in Düsseldorf explodierte, wurde der Kampf gegen Rechts zur Bundespolitik erkoren, staatliche Initiativen gegründet und viele Gelder verteilt. Doch während die Zivilgesellschaft gegen Neonazis entstand, löste sich die AA/BO auf.

„Parallel dazu zeigt sich auch die autonome antifaschistische Bewegung in einem desolaten Zustand. Ihr Erscheinungsbild ist derzeit weniger das einer politischen Bewegung, als vielmehr das vieler einzelner Splittergruppen. Ihre momentane politische Schwäche wurde ausgerechnet im ‚Antifa-Sommer‘ 2000 offenkundig, als die bürgerliche Öffentlichkeit endlich der Gefahr von rechts genügend Aufmerksamkeit widmete und die linksradikalen, antifaschistischen Kräfte sich als unfähig erwiesen, das unverhoffte Medieninteresse für eigene politische Akzente zu nutzen. Da eine gemeinsame organisatorische Plattform nicht existiert, gelingt es der Antifa nicht, die vorhandenen Ressourcen zu bündeln. Notwendige Diskussionen über inhaltliche und strategische Ansätze werden bundesweit so gut wie nicht mehr geführt. Dadurch erfolgt in den meisten Fällen nur eine langsame und vereinzelte Reaktion auf aktuelle politische Entwicklungen.“⁸

Auf dem Antifa-Kongress 2001 in Göttingen wurde das Projekt AA/BO für be-



endet erklärt. Ein wesentlicher Grund war, dass sie ihr Profil nie über das Thema Antifaschismus hinaus schärfen konnte. Eine eigene, klassenkämpferische Praxis war eher Anspruch als Realität geblieben. Diverse Antifa-Gruppen spalteten sich. Während einige sich auf so genannte antideutsche Positionen zu- und von sozialen Konflikten abwendeten, machten sich andere auf die Suche nach Möglichkeiten umfassenderer und explizit antikapitalistischer Interventionen in soziale Bewegungen.

Linksradikal im neuen Jahrhundert

Eine Möglichkeit dazu bot die globalisierungskritische Bewegung. Autonome Antifas hatten bereits zum EU-Gipfel in Amsterdam (1997) und zum G7- und EU-Gipfel nach Köln (1999) mobilisiert. Im Dezember 1999 fand diese Bewegung mit den Protesten gegen die WTO in Seattle weltweite Beachtung. Gipfelproteste bildeten eine wichtige Aktionsform für antifaschistische Aktivisten auf der Suche nach einer antikapitalistischen Praxis, so in Prag 2000 und in Genua 2001. Die Zunahme von Sozialprotesten in Deutschland im Zuge der Bewegung gegen die Einführung der Hartz-IV-Gesetze verstärkte die Suche

nach einer linksradikalen, interventionistischen Praxis. 2004 entstand daraus die „Interventionistische Linke“ (IL) als ein Zusammenschluss linksradikaler Gruppen und Einzelpersonen. In der IL sind Gruppen aktiv, die zuvor schon in der AA/BO organisiert waren, wie die aus der AAB hervorgegangene Antifaschistische Linke Berlin (ALB), die aus der Antifa M entstandene „Antifaschistische Linke International“ (ALI) in Göttingen, die „organisierte autonome“ (oa) in Nürnberg, aber auch Gruppen wie Avanti und Fels. Die IL spielte eine wichtige Rolle bei den Demonstrationen und Blockaden gegen den G8-Gipfel in Heiligendamm im Sommer 2007. Auch wenn viele aus der organisierten autonomen Antifa der 1990er Jahre entstandene Gruppen heute ein breiteres, auf radikalisierende Interventionen in gesellschaftliche Konflikte abzielendes Politikverständnis haben, spielt das Thema Antifa in diesen Gruppen weiterhin eine wichtige Rolle, ebenso wie der Kampf gegen Naziaufmärsche wie zum Beispiel in Dresden. Ein Ansatz aus den 1990ern behält dabei bis heute Gültigkeit: Den Antifaschismus als notwendiges Element des Kampfes um eine klassenlose und herrschaftsfreie Gesellschaft zu begreifen.

Fußnoten

- 1 Zeitschrift radikal 97; 8/1981
- 2 Logischerweise gab es somit in den sozialen Bewegungen immer wieder Gewalt- und Militanzdebatten. Geeignet wurde sich in Bündnissen eher selten. Auch lehnten viele linke Gruppen Militanz aus unterschiedlichen Gründen ab, obwohl die Militanz nie

Links zu Antifa-Gruppen:

- Antifaschistische Linke Berlin: www.antifa.de
- Organisierte Autonomie, Nürnberg: www.redside.tk
- Avanti, Norddeutschland: www.avanti-projekt.de

einfach negative Begleiterscheinung war, sondern der Zuspitzung von politischen Auseinandersetzungen diente.

- 3 Z.B. die „Antifa Westberlin“ und „Autonome Antifa (M)“, Göttingen
- 4 Autonome Antifa (M), Diskussionspapier zur Autonomen Organisation. in radikal 144, S. 39
- 5 Von Kritikern wurde der AA/BO gerne das Label „Pop-Antifa“ aufgedrückt: Keine oder platte Inhalte, dafür aber immer stylish und mackermilitant.
- 6 Antifaschistische Aktion Berlin: Das Konzept Antifa, S. 5.
- 7 ebenda
- 8 Joachim Kolb: Antifa heißt Kontakt aufnehmen, Jahren.

Antifa-Plakat aus den frühen 1990er



Für massenhafte und entschlossene Blockaden von Nazi-Aufmärschen

Ein Plädoyer von Friederike Benda und Sophie Dieckmann

Aufmärsche, bei denen Nazis grölend durch Städte ziehen und Angst und Beklemmung verbreiten, sind ein Kernelement in ihrem „Kampf um die Straße“ und in ihrer gesamten politischen Strategie.

Um Nazi-Aufmärsche erfolgreich zu stoppen, müssen vor allem zwei Elemente zusammen kommen: Eine breite Gegenmobilisierung – und die Bereitschaft zur direkten Konfrontation. Es demoralisiert die Nazis, wenn sie merken, dass nicht nur ihre Inhalte abgelehnt werden, sondern dass die Bevölkerung auch bereit ist, sich ihnen aktiv in den Weg zu stellen.

Das entmutigt vor allem ihre Mitläufer, die vom Machtgefühl der Aufmärsche beeindruckt werden sollen. Bereits der spätere NSDAP-Propagandaminister Joseph Goebbels warnte vor der Gefahr der entschiedenen Konfrontation durch Antifaschisten: „Man darf sich keine einzige Versammlung auseinander schlagen lassen, sonst bleiben einem die Leute weg.“

Entscheidend dafür, dass Nazi-Aufmärsche erfolgreich verhindert wurden, war immer wieder, dass eine breite Gegenmobilisierung mit der Entschlossenheit einherging, sich ihnen in den Weg zu stellen.

Gelingt es Antifaschistinnen und Antifaschisten nicht, gesellschaftliche

relevante Organisationen wie etablierte Parteien, Gewerkschaften oder auch Kirchen für eine Blockade des Aufmarsches zu gewinnen, bleiben ihre Aktionen häufig relativ klein. Um so leichter können diese dann von der Polizei aufgelöst werden. Das Ergebnis ist meist, dass die Nazis marschieren können und die Zeitungen am nächsten Tag über angeblich gewalttätige Antifaschisten berichten. Finden die Gegendemonstrationen jedoch fernab von den Nazi-Aufmärschen statt, wie es in der Vergangenheit bei vielen gewerkschaftlich und kirchlich getragenen Protesten der Fall war, so wird zwar ein Zeichen gesetzt, dass viele Menschen die Faschisten und ihre Ideologie ablehnen. Doch die Nazis werden so nicht gehindert, ihr Ziel zu erreichen: ungehindert durch die Stadt zu marschieren.

In Dresden versammelten sich 2009 rund 8.000 Nazi-Gegner unter dem Motto „Geh Denken“. Doch auch wenn Michael Sommer, Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB), kernig in die Menge rief: „Wir geben keinen Fußbreit der Straße den Neonazis“, blieb die Demonstration tatsächlich abseits des Nazi-Aufmarsches. Die Nazis wurden nicht gestört. Gleichzeitig organisierte das antifaschistische Bündnis „No pasarán!“ eine eigene Demonstration. Hier gab es eine große Bereitschaft, die Nazis

zu konfrontieren – der Demonstration fehlte aber die notwendige Größe und politische Breite, um trotz starker polizeilicher Repression die Route der Nazis zu erreichen und den Aufmarsch zu blockieren. Anzustreben ist daher ein Zusammenkommen beider Ansätze in einer gemeinsamen, kalkulierbaren, aber gleichzeitig entschlossenen Blockadeaktion.

Denn durch massenhafte und entschlossene Mobilisierung wurde bspw. die NPD immer wieder gestoppt: Nachdem der Partei in den 60er Jahren ein spektakuläres Wachstum gelang, wurde sie durch die Studierendenbewegung der 68er zurückgedrängt. Als zehntausende Gegendemonstranten

den Aufmarsch der NPD am 8. Mai 2005 in Berlin verhinderten, berichtete die „taz“: „So groß war der Frust unter den Kameraden lange nicht: Nur

Stunden nach dem ausgefallenen NPD-Aufmarsch in der Hauptstadt schrieben sich bereits Dutzende von Rechtsextremen in einschlägigen Internetforen den Ärger von der Seele. Ihre persönlichen Reiseberichte müssen in der Chefetage der NPD einen politischen Katastrophenalarm auslösen.“

In Köln verhinderte im letzten Jahr ein breites Bündnis einen rechtsextremen „Anti-Islamisierungskongress“. Unter dem Slogan „Aufgestanden! Hingesetzt! Blockiert!“ besetzten mehrere zehntausend Menschen die Innenstadt. Dadurch kam kein Teilnehmer des Kongresses zum Ort der Veranstaltung durch. Die Polizei musste den Kongress schließlich verbieten. Der Kölner Polizeipräsident sagte: „Es

wäre völlig unverhältnismäßig, den 300 Teilnehmern der



Friederike Benda
ist Bundesgeschäftsführerin von Die Linke.SDS
Sophie Dieckmann
ist Mitglied im SDS-Bundesvorstand

Pro-Köln-Veranstaltung mit Wasserwerfern und Spezialeinheiten den Weg zum Heumarkt zu ebnen.“ Sorgen wir dafür, dass was am Rhein funktioniert hat, auch in Dresden und anderswo klappt.

Doch der „Kampf um die Straße“ ist nur ein Bestandteil der Strategie der Nazis im Kampf um die Vorherrschaft in der Gesellschaft. Den Kampf „um die Parlamente“ kämpfen sie immer erfolgreicher – bei der Landtagswahl in Sachsen 2004 erreichten sie stolze

9,2% – und auch im „Kampf um die Köpfe“ gewinnen sie immer häufiger. Gerade in Zeiten der Krise, wo Arbeitslosigkeit und Armut in geballter Form auftreten, haben Nazis mit ihren menschenverachtenden „Auswegen“ aus der Krise Erfolg: statt auf eine solidarische Gesellschaft zu setzen mit einer geplanten Wirtschaft statt Konkurrenzkampf der Unternehmen, wollen sie eine Gesellschaft, in der Rassenhass und Menschenverachtung das Leben bestimmen. Die Erfahrungen des Nationalsozialismus im Nachklang der Weltwirtschaftskrise 1929 sollten uns eine Warnung sein: nur zu leicht lassen sich Menschen in Not blenden von den Faschisten, die Volksgemeinschaft statt Klassenkampf predigen und Eroberungskrieg statt sozialistischer Gesellschaft in Frieden und Wohlstand für alle. Die Menschen von einer sozialistischen Alternative zum Kapitalismus zu überzeugen, das ist die Aufgabe von uns Linken. Denn solange die Konkurrenz in der Wirtschaft besteht und die Entscheidung darüber, was und wie die lebensnotwendigen Güter hergestellt werden, nach Profitkriterien gefällt wird, solange wird es Krieg, Armut und die Gefahr des Faschismus geben. Erst wenn wir, diejenigen, die die Arbeit wirklich leisten, entscheiden können, wie wir leben wollen, kann

es echten Frieden und wahre Solidarität geben. Erst wenn die Menschen frei, selbstbestimmt und solidarisch leben können, wird keiner mehr nach Führern verlangen. Doch bis dahin ist es noch ein weiterer Weg: sozialistische Ideen sind unmö- dern und der Kapitalismus wird als alternativlos hingestellt – und leider auch oft hingenommen. Den Sozialismus als echte Alternative zum Kapitalismus wieder in die Debatte zu bringen, muss die Aufgabe von uns Linken in und außerhalb von Linksjugend [solid], Die Linke.SDS und von DIE LINKE sein. Dabei müssen wir deutlich machen, dass die Nazis nicht einfach von selbst verschwinden werden: wir müssen sie aktiv bekämpfen, ihnen die Straße und die Parlamente als Bühne entreißen. Wir müssen uns ihnen in Massenblockaden entgegenstellen. Aber wir müssen auch deutlich machen, dass der Kampf damit noch lange nicht gewonnen ist! Wir müssen die Menschen für unsere Ideen gewinnen, ihnen den Kapitalismus erklären, um sie immun gegen faschistische Rattenfänger zu machen. Und wir müssen sie organisieren! Nur wenn wir in einem gemeinsamen, organisierten Kampf gegen Nazis und Kapitalismus auftreten, haben wir eine Chance. Denn wenn wir vereinzelt kämpfen, ist die Gefahr, dass wir uns spalten lassen und demotiviert aufgeben zu groß. Nur wenn wir uns organisieren, können wir gemeinsam aus unseren Fehlern lernen und kollektive Handlungsstrategien entwerfen. Dabei reicht es nicht

Plakat des Bündnisses „Dresden stellt sich quer!“



aus, wenn DIE LINKE alle 4 Jahre im Wahlkampf Forderungen, die an der Lebensrealität der Menschen ansetzen, aufstellt. Vor allem muss sie Wege aufzeigen, wie die Menschen die Forderungen selbst durchsetzen können. Sie muss also Motor, Mitstreiter und parlamentarischer Arm gesellschaftlicher Abwehrkämpfe sein – zum Beispiel in Form von Streiks, Massenblockaden oder Betriebsbesetzungen. Nur so kann DIE LINKE jene Bedeutung und Glaubwürdigkeit erlangen, die sie braucht, um echte Reformen im Kapitalismus durchzusetzen, anstatt bloße Papiertiger mit ihrem Wahlprogramm zu produzieren – und die Menschen davon zu überzeugen, dass der Kapitalismus nicht das Ende der Geschichte ist.

Stellen wir uns am 13. Februar 2010 in Dresden und bei allen anderen Nazi-Aufmärschen gemeinsam den Faschisten entgegen und verhindern wir, dass sie auch nur ein Fußbreit der Straßen kriegen. Lasst uns ein breites Bündnis gegen den braunen Mob bilden – nicht als bloß symbolischen Protest, sondern als echte Konfrontation.

Stellen wir uns am 13. Februar 2010 in Dresden und bei allen anderen Nazi-Aufmärschen gemeinsam den Faschisten entgegen und verhindern wir, dass sie auch nur ein Fußbreit der Straßen kriegen. Lasst uns ein breites Bündnis gegen den braunen Mob bilden – nicht als bloß symbolischen Protest, sondern als echte Konfrontation.

Stellen wir uns am 13. Februar 2010 in Dresden und bei allen anderen Nazi-Aufmärschen gemeinsam den Faschisten entgegen und verhindern wir, dass sie auch nur ein Fußbreit der Straßen kriegen. Lasst uns ein breites Bündnis gegen den braunen Mob bilden – nicht als bloß symbolischen Protest, sondern als echte Konfrontation.

Aktive der Partei Die Linke in Dresden, 2009



Eintausend Abos für marx21

**DEIN ABO.
DEIN BUCH.**

Das Magazin marx21 zum Jahrestag von 20 Jahren erscheint und gibt Beschreibungen von weiteren - ebenfalls auf www.marx21.de

Kulturbewertung und Autoren in den letzten Monaten: Jörg M. Emsw. Jensen, Walden Böhle, Ulrike von Buchholz, M. Collins, Wolfgang Gellert, Simon Klotz, Lorenz Kroll, Arno Kluge, Uta Riemer, Michael Schneider, Lucia Schwilke, Sahra Wagenknecht, Janine Weller und viele mehr!



Florian Dösch

»Blüten« aus dem KZ



Die Fälschergelddaten »Operation Bernhard« im Konzentrationslager Sachsenhausen

VSA

Karl Richter Edition Band 3

VSA: Zeitgeschichte

144 Seiten: € 12,80
ISBN 978-3-89965-389-2

1942 bis 1944 zwangen die Nazis jüdische Facharbeiter des grafischen Gewerbes, im KZ Sachsenhausen gefälschte britische Banknoten herzustellen. Nach dem Chef der Fälscherwerkstatt, dem SS-Sturmabführer Bernhard Kröger, erhielt die Blüten-Produktion im Wert von 134 Millionen Pfund Sterling den Namen »Operation Bernhard«. Nach der literarischen und der filmischen Aufarbeitung (»Die Fälscher«) wird in diesem Buch der historisch-politische Rahmen mit den Details von Drucktechnik und Logistik dieser größten Geldfälscherei der Weltgeschichte verbunden.

Im gut sortierten Buchhandel oder bei
VSA: Verlag, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg
info@vsa-verlag.de
www.vsa-verlag.de

Broschüre:
**Luxemburg und Liebknecht in
Weltkrieg und Revolution**
Erhältlich unter www.linke-sds.org



Das Buch zum Kongress
Erhältlich unter www.linke-sds.org



critica






Die kostenlose Semesterzeitung von **dielinke.sds**
sozialistische demokratische Studierendenverbände

- ★ online lesen
- ★ kostenlos bestellen
- ★ www.linke-sds.org

Anfang dieses Jahres haben wir bundesweit Contests veranstaltet, auf denen sich Bands auf die Bühnen landesweiter Contests und dann wiederum auf dem Aufmucken-Sampler spielen konnten. Mit der CD wollen wir jetzt in die kulturelle Offensive gegen Rechts gehen und links wie demokratische Jugendkulturen vor Ort unterstützen, wir wollen antifaschistischen Lifestyle gerade in die Regionen tragen, in denen die Faschos die Oberhand gewonnen haben.

Wie Du mitmachen kannst und wie Du an die CD kommst oder sie selbst verteilst, erfährst Du auf dieser Page:

www.mucke-gegen-rechts.de



linksjugend
['solid']

Klimacasino schließen!

Die gemeinsame Broschüre von Linksjugend ['solid] und Avanti 28 Seiten, Herbst 2009. Materialien für eine Klimabewegung von unten. Bestellen unter:

www.linksjugend-solid.de
info@linksjugend-solid.de
Tel: 030 24009 419
linksjugend ['solid']

analyse & kritik

nachrichten
aus
dem
prekären
leben



Zeitung für linke Debatte und Praxis testen
3 Ausgaben für 5 Euro.
Infos und Bestellungen: www.akweb.de



"Der Feind steht links!"

Das denkt sich auch jeden Jahr wieder die Berliner Polizei. Solidarisiert euch gegen die Kriminalisierung der Luxemburg-Liebhaber-Demonstration!

Solidarisieren - Spenden - Beitreten

Rote Hilfe Berlin
Konto 71 89 590 600
BLZ 100 200 00
Berliner Bank
Stichwort: Karl & Rosa

Rote Hilfe e.V.

Bundesvorstand
Postfach 3255
37022 Göttingen
www.rote-hilfe.de

Antifaschistisches Blatt

info

Ist sozialer Protest jetzt rechts?



Antworten auf diese und viele andere Fragen zu Antifaschismus und Entwicklungen auf der extremen Rechten erhältst du im A&B.

Bestellpreis: Probeausgabe kostenlos
Antifaschistisches Info Blatt
Gesamtpreis: 7,-
10000 Berlin

mail@antifaschistisches.de
www.antifaschistisches.de

Jetzt online bestellen!

Pink statt schwarz-rot-gold!
Links ohne Deutschland & Nation. Internationalismus mit globalen sozialen Rechten, einem Honoratiorenclub, einem Reiseunternehmen und einem Jubelzirkus. Aber wo ist eigentlich der schönste Ort in Deutschland, Egotronic?

www.prager-fruehling-magazin.de

RED STUFF

T-SHIRTS ★ AUFKLEBER ★ UND MEHR



RED STUFF ★ BERLIN-KREUZBERG
WALDEMARSTRASSE 110 ★ U-GÖRLITZER BAHNHOF
WWW.ANTIFA-VERSAND.DE

NAZIS STOPPEN

DRESDEN 13.02.2010
ENTSCHLOSSEN ENTGEGENTRETEN
GEMEINSAM BLOCKIEREN



Am 13. Februar planen Nazis aus ganz Europa ihren größten Aufmarsch des Jahres. Wir wollen gemeinsam dafür sorgen, dass daraus nichts wird! Mit massenhaften Blockaden stellen wir uns dem entschlossen entgegen. Gegen Faschismus und Nationalismus!
Infos auf der Seite des Blockadebündnisses:

www.dresden-nazifrei.de

linksjugend
[solid]
dielinke.sos



Wir schwören deshalb vor aller Welt auf diesem Apellplatz,
an dieser Stätte des faschistischen Grauens: Wir stellen den Kampf erst ein,
wenn auch der letzte Schuldige vor den Richtern der Völker steht!

**Die Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln ist unsere Losung.
Der Aufbau einer neuen Welt des Friedens und der Freiheit ist unser Ziel.**

[Schwur der Häftlinge des KZ Buchenwald nach der Selbstbefreiung April 1945]